

für Schlesien, Breslau und die Nachbargebiete.

# Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem Illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die "Volkswacht" erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgezähnte Zeitzeile über deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Anserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257.

Breslau, Mittwoch, 1. November 1893.

14. Jahrgang.

## Zum Fass Grädauer.

Zur Militärjustiz des Redakteurs Dr. Grädauer schreibt dem "Vorwärts" ein Fachmann:

Bei dem Zustande, in dem sich gegenwärtig unsere (preußisch-norddeutsche) Militärrechtspflege auf Grund der vor beinahe 50 Jahren in Preußen erlassenen Militär-Gerichtsordnung befindet, ist tatsächlich der militärgerichtlich Angeklagte jedem Irrthum oder gar jeder Willkür der zur militärischen Rechtspflege berufenen militärischen Organe rechtmäßig und schutzlos preisgegeben. Es gibt in einem ganzen, durch die Militär-Strafprozeßordnung geregelten Verfahren gar keine Rechte des Angeklagten, solange, bis er rechtskräftig verurtheilt ist. Dann erst kann er, aber ohne daß hierdurch die Vollstreckung des Urtheils — außer wenn es auf Tod lautet — aufgehoben würde, auf Grund neu (in der Gefangenzeit?) aufgefundener Beweismittel ein nochmaliges Verfahren gegen sich beantragen.

Und ferner kann er das rechtskräftige Erkenntnis als nichtig anfechten, falls — was natürlich kaum alle zehnjahre in der Militärjustiz einmal vorkommen wird — er (ohne Vertheidiger?) behaupten kann, daß die Richterbank gegen die Vorschriften des Gesetzes besetzt worden sei und aus einigen anderen ähnlichen formellen Gründen, also Rechte, die bis auf höchst selten vorkommende Ausnahmen lediglich auf dem Papier stehen.

Es kann also der verhaftete Angeklagte kein Rechtsmittel einwenden gegen seine Verhaftung, kein Rechtsmittel einwenden gegen die Zuständigkeit des gegen ihn einschreitenden Militärgerichts, kein Rechtsmittel gebrauchen gegen Ablehnung von zu seiner Entlastung gestellter Beweisanträge, kein Rechtsmittel gegen ein falsches Urteil, kein Rechtsmittel gegen etwaige Be-

drückungen oder Willkürketten der gegen ihn inquirirenden Auditeure u. s. w.; kurz, er hat geduldig und fromm, wie ein zur Schlachtkanze geführtes Schaf, still zu halten und das entgegenzunehmen, was man wider ihn beschließen wird. Denn was will die in § 114 ersichtliche Vorschrift angesichts dieses Mangels aller Rechte besagen: "Dem Angeklagten ist in allen Fällen gestattet, sich selbst, schriftlich oder zum gerichtlichen Protokoll" (nicht einmal mündlich vor dem erkennenden Gericht, weil es überhaupt kein mündliches Verfahren im preußischen Militärprozeß giebt!!) "zu vertheidigen"? Das heißt hiernach nichts anderes als das, was absolut selbstverständlich ist: daß man wenigstens (schriftlich oder zu Protokoll, nicht mündlich) hören muß, was er auf die Anklage zu erzählen hat.

Ist aber das Urtheil — auf Grund lediglich der Aktion — beschlossen, — und das geht natürlich, da keine "Weiläufigkeiten" durch Beschwerden von Angeklagten oder von Vertheidigern versucht werden können, schnell! —, dann wird es ihm bekannt gemacht wenigstens, sollte man meinen? Oh nein, auch das nicht einmal! Selbst dieses selbstverständliche Recht, jetzt zu erfahren, was man wider ihn beschlossen hat, hat er nicht. Vielmehr wird nun das Urtheil der dazu berufenen Militärbehörde erst zur Bestätigung eingesandt. In den meisten Fällen ist dies der Commandeur der Division, nämlich wenn auf nicht mehr als 1 Jahr Freiheitsstrafe erkannt ist; bei mehr Strafe — bis 10 Jahre — ist es der Commandeur des Armeecorps, bei noch mehr der König.

Wenn auf nicht mehr als 1 Jahr Freiheitsstrafe erkannt worden ist, hat also der Divisionscommandeur zu bestätigen. Das ist aber derselbe Beamte, welcher "als Vorstand des Militärgerichts bei allen Verhandlungen desselben die Leitung

und Entscheidung" hatte, und dem folgerichtig der Auditeur, welcher mit dem Angeklagten direkt verkehrt, untergeordnet ist. Denn der Auditeur hat unbedingt, selbst dann, wenn er "die vom Gerichtsherrn gegebene Weisung in Bezug auf seine richterlichen Pflichten mit den gesetzlichen Vorschriften oder mit seinen Instructionen nicht vereinbar hält", eventuell "auf die alleinige Verantwortung des Gerichtsherrn hin" (wenn verantwortlich, und wann?) "zu folgen"! (§ 79 Abs. 2).

Dieser "Gerichtsherr" allein, — also im Falle des Dr. Grädauer der Commandeur der dritten Division zu Dresden — hat auch zu bestimmen, ob der Angeklagte zu verhaften sei und ob dessen Verhaftung fortzudauern solle.

Derselbe Mann also, auf dessen Verantwortung hin und unter dessen Leitung Alles geschehen ist, — ausgenommen allein der Spruch des Kriegsgerichts, der lediglich auf Grund der von Gerichtsherrn und Auditeur hergestellten Aktionen ergangen ist —, hat die "Bestätigung" des Urtheils zu besorgen. In welchem Sinn dieses Bestätigungsrecht hiernach ausgedehnt zu werden pflegt, dürfte nicht zweifelhaft sein.

Ist die Bestätigung erfolgt, dann ist das Urtheil auch gleich rechtskräftig — also noch ehe der Angeklagte überhaupt etwas von dem Urtheil erfahren hat! — und es ist nunmehr nicht nur "die (bloße) Erkenntnisformel und die Bestätigungsordre ungesäumt dem Angeklagten vor vollständig besetztem Untersuchungsgericht" (wozu dies? Nur zu höherem Pomp?) "vom Auditeur durch Verlelung zu publiciren" (§ 176) und "ohne Verzug zu vollstrecken" (181).

Nur wenn es der Angeklagte ausdrücklich verlangt (177), sind ihm die Entscheidungsgründe "bekannt zu machen", (Vorlesen ist aber hier nicht nötig) und es "kann" ihm sogar Abschrift des Erkenntnisses mit

## Schlagernde Wetter.

Roman von Maurice Talmeyer.  
Übersetzt von Alice Geiser.

61

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung).

Jacquemin hatte sogar in einem Augenblick ihre Namen mit leiser Stimme maschinenmäßig vor sich hingeflüstert mit dem kürdischen Wesen eines geistig Gestörten. Erst am frühen Morgen war er eingeschlafen.

Seit einer Woche war der Befehl gegeben worden, ihn streng zu isolieren. Zweimal täglich reichte ihm eine Hand, von der er nicht einmal den Arm sah, seine Mahlzeiten durch ein Guckfensterchen. Außerdem gelangte kein Zeichen äußerer Lebens zu ihm. Das Gefängnis hatte gewissermaßen seine Gitter verdrechscht und alle seine Lüftlöcher verstopft.

Er schlief seit etwa drei Stunden, als die Thür der Zelle sich öffnete und der Gefängniswärter ihn dann aufwachte.

Jacquemin richtete sich mit einem Schrei auf:

"Wer ist da?"

"Ich bin es. Kleidet Euch an!"

Er grub seine Finger in seine grauen Haare, rieb sich heftig die Augen, sah den Mann, der vor ihm stand, an und sagte ruhiger:

"Ach — Sie — ich werde aufstehen."

Der Mann ging. Jacquemin verließ das Bett,

zog sich an, ging ein paar Mal in der Zelle auf und ab, hörte den Wächter zurückkommen, der ihm zu folgen gebot und trat mit ihm hinaus. Sie gingen einen Corridor entlang, überquerten einen Hof, und dort sah Jacquemin einen Wagen, der ihn mit dem dientsttuenden Sergeanten erwartete.

Es war einer jener großen schwarzen Wagen, die überall geschlossen sind und in dem im Innern ein schmaler Gang hindurchgeht, welcher an jeder Seite eine Reihe dunkler Zellen aufzuweisen hat, und die, wenn sie auf dem Pflaster der Straßen dahinrollen, wie Leichenwagen aussehen.

Der Seiger stieg die kleine hinten angebrachte Trepp hinauf, trat in den Gang ein und kam in eine der seitlichen Abschüttungen, deren Thür man hinter ihm schloß und in der es Stoffkästen war. Dann stieg der Gefängniswärter wieder hinunter; eine andere Thür fiel klirrend zu, als wäre sie von Eisen, der Wagen fuhr ab und es schien Jacquemin in diesem Moment, als ob in der Zelle neben der seinigenemand einen Seufzer ausgestoßen hätte. Es mußte jemand da sein. Er horchte und es kam ihm der Gedanke, daß dies Toubeau sein könnte. An jenem Tage, an dem er die Gewissheit gewann, daß der Unglückliche unschuldig sei, und als er seine Beweggründe erreich und wahrnahm, daß der Mörder nicht entdeckt ward, überließ er sich dem Gerichte, und seitdem hatte er von Toubeau nichts erfahren können. Jedes glaubte er, daß er frei sei, als ihn plötzlich jene Ahnung wie ein Blitz durchzuckte.

Toubeau war in der That nicht frei. Und wie hätte es sein sollen? Das, was Jacquemin that, hatte ihn in Gewahrsam gebracht, aber jenen nicht der Freiheit wiedergegeben: Toubeau hatte eine feste Idee, an der er in der Finsterniß seines armen wankelmüthigen Geistes blindlings festhielt. Er hatte sich seit der Nacht seiner Verhaftung gesagt, daß es zweifellos in dem Gefängnis nur den einen Platz gebe für ihn, daß, so lange er da sein würde, Jacquemin nicht hier sein könne, und deshalb beharrte er bei seinem Gedanken, welches er immer in der nämlichen maschinellmäßigen Art wiederholte, und so hatte er hartnäckig jede Möglichkeit, frei zu werden, zerstört. Er, der Arme, auf den sich das ganze menschliche Elend vereinigt zu haben schien, der lange Zeit nicht gewußt hatte, daß es noch etwas Anderes gebe, als Leiden, die Hass erzeugen, fühlte sich eines Tages nach jenem schrecklichen Sturz, bei dem er beinahe seinen Tod gefunden hätte, zu neuem Leben auferstanden. Er hatte lächelnde Gesichter gesehen, die sich seiner Genesung zu freuen schienen. Es war ihm geschehen, was einem Blindgeborenen widersahrt, wenn seine Augen sich der Natur öffnen. Es verbreitete sich für ihn langsam das Licht ringsumher. Er glaubte, die Sonne entdeckt zu haben. Toubeau hatte sich eingebildet, er habe das Glück entdeckt; alle Gefühle, denen diese unentwickelte Seele in dem missgestalteten Körper fähig war, hatten sich verklärt. Der Elende, der an dem Morde unschuldig war, hatte sich zu einem unschuldig Leidenden entwickelt, und wenn der Seelen der erhabenen "The-

Gefüßen — auf seine Kosten — ertheilt werden, aber nur — „wenn kein Missbrauch davon zu befürchten ist“. Ob von dem Angeklagten „Missbrauch“ der Gründe des Urheils zu befürchten ist, entscheidet wiederum der „Vertheidiger“ allein, also in den meisten Fällen wichtigerer Untersuchungen der Commandeur der Division.

Kann man ein solches gerichtliches Verfahren in gegenwärtiger Zeit überhaupt ein „gerichtliches“ nennen? Sicher nicht. Es ist vielmehr ein ähnliches Verfahren, nur mit umständlichem Pomp ausgestattet, wie es der Vater gegenüber seinem unartigen Buben einschlägt; er fragt den Buben kurz, fragt unter Umständen den Zeugen, der meist der Ankläger zugleich ist, und dann strafft und vollstreckt er sofort, wie er es für gut findet. „Rechtsmittel“ giebt's nicht; nochmalige Überlegung des Urheils erst nach der Vollstreckung. Und gar „Vertheidiger“? Kommt ein Vertheidiger, so hat er leicht zu gewärtigen, daß er mit sammt dem unartigen Buben abgestraft wird.

Und das kann auch hier, im militärgerechtlichen Verfahren leicht dem „Vertheidiger“ passieren, wo überhaupt ein Vertheidiger denkbar ist (nur wenn Angeklagter mehr als zehn Jahre Freiheitsstrafe auf Grund der Anklage möglicherweise erhalten kann). Denn der Vertheidiger muß eine Militärperson sein, sieht also unter den peinlichsten, in der Hauptsache discretionären Disziplinar-Strafgewalt derselben Person, deren Verfahren er bemängeln will. Ob er den Spruch des Kriegsgerichts, — vor dem er nicht einmal mitwirken darf — erfahren und bemängeln darf oder nicht, ist in dieser Prozeßordnung nicht gesagt.

Die Auslegung ist aber, auch im Civil-Straf-Prozeß, immer so, daß der Angeklagte und der Vertheidiger alles das nicht dürfen, was ihnen nicht ausdrücklich als Recht verliehen ist. Thöte es solcher Vertheidiger, so würde er sich in den meisten Fällen, nämlich wenn auf nicht mehr als 1 Jahr Strafe Entschädigung ist, immer wieder nur an den Commandeur der Division zu wenden haben, als den Inhaber der Beurteilungsgewalt.

Wie es endlich mit dem allgemeinen „Beschwerderecht“ aussieht, auf das so oft von den Verfechtern unseres Militärsystems hingewiesen wird, als Schutzmittel gegen Bedrückungen, davon in einem nächsten Artikel.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Zur Tabaksteuerfrage bringt die „Kreuz-Zeitung“ einen längeren Artikel, in welchem sie die Rechnerimpelchen, mit denen die Offiziere die geplante Tabaksteuer beschönigen, richtig stellt. Freilich wünscht die „Kreuz-Zeitung“ die Tabaksteuer auch nur durch eine andere, die Volksmassen belastende, Steuer ersetzt, und es fällt ihr nicht im Traume ein, die Liebesgabe für die Schnapsbrenner zur Vermeidung der Tabaksteuer preiszugeben. Von der Tabaksteuer sagt sie im übrigen sehr treffend, daß die Steuererhöhung „bei einem Artikel, wie dem Tabak, dessen Verbrauch nicht mehr die

heit“ seiner Opferung, die aus einer Dankbarkeit erblickt war, hätte befehligt werden sollen, hätte ihm begreiflich gemacht werden müssen, daß Jaquemin für ihn nicht nur der Freunde war, der ihn gerettet hatte, und den er deshalb legierte, sondern der Mann, von dem seine Mutter ihn empfangen hatte, der unbekannte Vater, dem zu suchen er gelehrt worden.

Jaquemin überredete bei dem Gedanken, daß Toussaint in dem Wagen war, ein Schauer. Wie? Sozusatz dadurch, daß er sich selbst preisgab, hätte er ihn nicht befreien können. Noch einmal hatten die Ereignisse sein Opfer vereitelt und seinen Wunsch zu nichts gemacht. Nun war jedenfalls im Begriff, ihn jetzt zu einer Confrontation dem Richter vorzuführen. Sollte er nun mit Toussaint konfrontiert werden? Aber er sagte sich auch, daß es im Gegenheil ja möglich sei, daß das Gericht neue Mittheilungen erhalten habe, und daß der wirkliche Mörder entdeckt und verhaftet sei. Dennoch fragte er sich, wie er die Anzeige, die er von sich selbst gemacht hatte, erläutern sollte. Das Gewissen der Wahrschheit hätte es ganz einfach erscheinen lassen, aber das war gerade das Verhängnis seines Lebens, daß die Wahrschheit sein Unglück war.

Dann er sich entbette, konnte Toussaint Alles verstehen, und die Liebe dieses Unglüdlichen, seine blinde Zärtlichkeit waren für Jaquemin, der sie s' eine der Stoffe seines Lebens nach der anderen schmerzbedrängt zu erfüllen gewöhnt war, der Gipfel, auf dem er gern bereit gewesen wäre, zu sterben, sobald er ihn erreicht hatte, von dem er aber nicht unverrichteter

Tendenz zeigt, zuzunehmen, eine wahre Verheerung für das von ihm abhängige Wirthschaftsgebiet hervorrufen.“ müsse und daß die finanziellen Erträge sich leicht als überraschend ungünstig herausstellen könnten. Bei der Rechnung, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt, lasse sie außer Ansatz das höhere Capital, welches der Fabrikant nach der Steuererhöhung anzulegen hat, und den verringerten Consum, der ihn zur Berechnung eines höheren Verdienstes zwingt. Die heutige 5-Pfennig-Cigarre werde sich um mehr als 1 Pfennig vertheuern, und die 6-Pfennig-Cigarre keinen niedrigeren Preis als 8 Pf. behaupten können. Diese beiden Sorten umfassen aber mehr als drei Viertel des gesamten Consums.

Die Landtagswahl in Mainz ist entschieden. Der Nationalliberale Ladenburg siegte mit 193 Stimmen über unseren Genossen Gieß, auf dessen Namen sich die Stimmen von 196 Wahlmännern vereinigten. Das Wahlergebnis kam blos durch die Machinationen der nationalliberalen Stadtvertretung zu stande. Wie wir ferner einer uns zugegangenen Privatdepesche entnehmen, wird gegen diese Wahl sofort Protest erhoben werden. Da die Nationalliberalen in der bairischen Kammer nicht mehr die Majorität besitzen, wird vielleicht doch das unseren Genossen angethanen Unrecht wieder gut gemacht werden.

Mit den „Gewohnheitsmäßigen und Unverbesserlichen“ unter den Spielern und Verschwendern des Offiziercorps soll man, so verlangt die „Köln. Ztg.“, den härtesten Prozeß machen. „Siebe Stunde, die sie noch weiter der Armee angehören, ist von Uebel.“

Schön; wir wollen der „Köln. Ztg.“ Recht geben. Aber wenn die Kategorie der Unverbesserlichen aus der Armee entfernt werden soll, womit ja das Publikum und die besseren Elemente unter den Offizieren sehr einverstanden sein werden, so haben wir als Steuerzahler ein starkes Interesse an der Frage: mit oder ohne Pension?

Über die Aufgaben des Reichstags in seiner nächsten Sitzungsperiode schreiben die „Berliner Polit. Nachrichten“:

Wenn gegenwärtig bereits eine Zusammenstellung aller verleugneten Schuldentwürfe gegeben wird, welche dem Reichstage in seiner nächsten Tagung zugehen werden, so beruht ein solches Verfahren lediglich auf Combination. Jedenfalls welche endgültigen Beschlüsse in weiterem Umfange sind noch dieser Richtung noch nicht gefaßt. Als sicher darf natürlich angesichts werden, daß dem Reichstage, und zwar wahrscheinlich sofort nach seinem Zusammentritt, neben dem Reichshaushaltsgesetz für 1894/95 die neuen Steuer-Geschentwürfe zugehen werden. Auch ist es durch die Verhältnisse bedingt, daß dem Reichstage die mit Spanien, Serbien und Rumänien abgeschloßnen Handelsverträge vorgelegt werden. Der letztere ist vor wenigen Tagen unterzeichnet worden, der spanische vor einiger Zeit, der serbische jedoch bereits vor länger als Jahresfrist. Die provisorischen Handelsabkommen mit diesen Ländern laufen in nächster Zeit ab. Darüber hinaus jedoch dürfte gegenwärtig nur als gewiß anzusehen sein, daß von dem Reichstage bereits einmal zugegangenen Entwürfen diesmal wieder der Entwurf über den Schutz von Waarenbezeichnungen und die Novelle zum Unternehmenswohnsitzgesetz zugesetzt werden. Auf diesen beiden Gebieten liegen nicht nur Rückendeckung vor, welche einer baldigen Aktion bedürfen, sondern es ist auch durch die früheren Reichs-

Sache herabflügeln wollte. So träumte er und grübelte nach, was er bei der Vernehmung antworten könnte, als er bemerkte, daß der Wagen nicht mehr über das Pfosten rollte.

In der finsternen Zelle, in der er sich befand, erlaubte ihm sein Lageschimmer zu sehen, wo er sich befand. Es schien ihm nur, als ob sie nicht mehr in der Stadt wären. Der Mensch, dem es nichts nützt, die Augen zu öffnen, horcht gespannt. Die Sinne haben den Erieb, sich zu ergänzen. Der Taube sieht sprechen, der Blinde hört kommen, und Jaquemin horchte in dieser tollenden Finsternis, ob er es nicht entdecken könne, wovor ihn auf dieser Fahrt begleite oder wohin es ginge. Aber er hörte nichts als das eintönige Geräusch der Räder, vermisch't mit dem Kratschen der Wagenachsen, dem zerquetschten Kies und den heftigen Stoßen des Wagens. Einem Augenblick hatte er geglaubt, eine Stimme riese sie an, und diese Stimme hatte ihn erinnert an die des Bahnwärters auf der Straße von Charleroi nach Pont-sur-Sambre. Endlich hatte er nichts mehr unterscheiden können, als den Gang der trabenden Pferde und die regelmäßigen Stoße des Wagens, der nach einiger Zeit auf einen Berg gelangte, welcher voller Wagenreste und kleiner Brüchen war. Wo fuhren sie hin?

Wo befanden sie sich? Wana würden sie kommen? Es mochte schon mehr als eine Stunde verflossen sein seit der Abfahrt von dem Gefängnis, und Jaquemin fragte sich, ohne antworten zu können und quälte sich mit allen möglichen Vermuthungen. Schließ-

tags-Verhandlungen die Gewähr gegeben, daß sich eine Einigung der geschiebenden Factoren über die Wege, die zu dieser Abhöfe führen können, eine Verständigung erzielen lassen wird. Dazu kommt die Blechschuhgesetz-Novelle. Wenn unter neuen Entwicklungen, die dem Reichstage zugehen sollen, namentlich solch: hervorgehoben werden, welche Änderungen der Gewerbe-Ordnung betreffen, so ist es natürlich angesichts der vom preußischen Handelsminister über die veröffentlichten Vorschläge erst angestellten Untersuchungen mehr als thün, von der vorstehenden Einbringung einer Vorlage über die Organisation des Handwerks zu sprechen. Auch die Novelle zum Titel III der Gewerbe-Ordnung über den Gewerbebetrieb im Umkreis ziehen bedarf erst noch eingehender Erörterungen im Bundesrat. Gegenwärtig kann man es daher nur als ziemlich sicher bezeichnen, daß die kleine Novelle, welche die Änderung des § 35 der Gewerbe-Ordnung bevestigt und den Handel mit Drogen und chemischen Präparaten, sowie eine Änderung der Bestimmungen über die Wiederaulassung zu den im § 35 genannten Gewerben behandelt, dem Reichstage in der nächsten Tagung vorgelegt werden wird.

Die seit Jahren vorsprochene Reform des Unfallversicherungsgesetzes findet sich ebenso wenig auf dieser Speisenkarte wie irgend ein anderer im Interesse der breiten Schichten des Volkes liegender Gesetzentwurf. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden alle Hände voll zu thun haben, um neue Lasten und Bedrückungen vom Volke abzuwehren.

Geheimbundsprozeß unter'm neuen Curs. In Berlin fand am Dienstag vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I in mehr als einstündiger Sitzung eine Verhandlung gegen zehn Angeklagte statt, welche sich „sozialdemokratischer Umtreibe“ schuldig gemacht haben sollten. Es waren zum größten Theile Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei im 6. Reichstagswahlkreise, welche vor etwa Jahresfrist wegen Verdachts der Geheimbündelei verhaftet wurden. Nachdem sich bald herausstellte, daß sich die Anklage nach der angekündigten Richtung hin nicht aufrecht erhalten ließ, wurden die Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt. Es blieben schließlich noch die Herstellung und Verbreitung eines verbotenen sozialdemokratischen Liederbuchs, dessen Inhalt theilweise aufreizender Natur sein soll, und die Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung, worin öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, als strafbare Handlungen übrig. Des ersten Vergehens waren Schlosser Brigan, Schlosser Werle, Bergolzer Hartmann, Maurer Schulz, Schankwirth Gieshoff, Schinkowith Wigel und der Druckereibesitzer Schrinner, des letzteren der Schankwirth Kuhlmeijer. Cigarrenarbeiter Kiesel und der Arbeiter Marten beschuldigt. Sämtliche Angeklagten wurden vom Rechtsanwalt Heine vertheidigt. Auf Antrag des Staatsanwalts Wigel wurde die Haftmöglichkeit während der Verhandlung ausgeschlossen. Die Angeklagten Gieshoff und Marten wurden freigesprochen, Kuhlmeijer und Kiesel wurden zu je Mt. 50, Schrinner zu 4 Monaten Gefängnis und Mt. 50, Wigel zu 3 Monaten und die Angeklagten Brigan, Werle, Hartmann und Schulz wurden zu je 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Bei den letzten vier Verurtheilten wurde je 1 Monat durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht.

Zum Fall Hofmeister. Wie die „N. Bavar. Landes-Ztg.“ mittheilt, erhält Lieutenant Hofmeister

lich fühlte er nichts mehr als die Müdigkeit seiner Augen in der Finsternis und das Rütteln des fahrenden Wagens in seinen Ohren.

Plötzlich wurde mitten auf dem Felde angehalten. Man vernahm nicht einmal das Geräusch, das man in einem Dorfe hätte hören können. Draußen sprachen nur die Begleiter des Wagens zusammen. Die Thür drehte sich in ihren Angeln, Schritte gingen zwischen den Zellen hin, und es kam jemand aus der Abtheilung, welche an die anklopfte, in der sich Jaquemin befand. Darauf hörte das Gehen im Wagen auf; dann kam derselbe Schritt wieder in den Gang, und die Zelle Jaquemins wurde geöffnet.

Er sah das Tagelicht, stieg herab und erbebte. Er war im Wald von Pont-sur-Sambre, auch gerade neben ihm ragte ein Schornstein aus Ziegelsteinen schlank und riesenhaft über den Wald hinaus zum Himmel empor. Es war der Schacht Nummer fünf.

Das halte er nicht erwartet. Nun stand er am Fuße der hohen Mauern, die von den gewölbten Fenstern des Grubengebäudes durchbrochen waren, der in der wilden Einöde das unheimliche Aussehen eines dunklen, unbewohnten Schlosses hatte. Jaquemin, der sich heute erst früh im Bett von seinen Träumen losreißen mußte, wußte wirklich im ersten Augenblick wieder in einem Traume gefangen zu sein.

Man hatte vor einer großen Thüre angedehnt, durch die er oft bei Nacht oder früh am Tage gegangen war, bevor er in die Grube hinabstieg. Er trat auf ein Zeichen seiner Wächter ein, und in dem

den Abschied mit Pension bewilligt. „Die Armeeverwaltung hätte ihn auf Grund der Ergebnisse der Verhandlung einfach mit schlichtem Abschied ohne Pension entlassen können, wenn sie auf den strengen Buchstaben sich gestützt hätte. Ein Offizier, der noch nicht zehn Jahre gedient hat, hat im Falle der Unbrauchbarkeit keinen Anspruch auf Pension. Wenn Herr Hofmeister trotzdem die Pension erhält, so verbannt er das der Zustossung, daß seine nervöse, erregbare und empfindsame Anlage durch den Dienst beim Regiment in ungünstiger Art beeinflußt wurde.“

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Das Ministerium Taaffe soll seine Demission eingereicht haben. Während man früher annahm, daß der Rücktritt des Ministers Steinbach, des Anregers und Verfassers der Wahlreformvorlage, genügen wird, um die Opposition zu versöhnen und den Weiterbestand des Ministeriums zu ermöglichen, scheint nun diese Aussicht verschwunden zu sein. In Wien geht das Gerücht, daß die Demission des Cabinets angenommen sei. Alle großen Parteien, die Polen, die Conservativen und die Liberalen, Parteien, die sich seit fünfzehn Jahren schroff bekämpfen, haben sich aufs engste verbündet, um die Wahlreformvorlage des Grafen zu Fall zu bringen. So haben wir wieder den Beweis für den Soz von der einen reactionären Masse. Wir und unsre österreichischen Genossen werden dem Grafen Taaffe keine Thräne nachweinen. Die Wahlreformfrage kann auch nicht mehr ins Stocken kommen. Dafür sorgt schon genügend die erstarkte Bruderpartei hinter den schwärzgelebenen Grenzfähren.

### England.

Menschenjagd. In dem Annorencchein der Londoner „Times“ findet sich folgende Ankündigung: „Krieg in Süd-Afrika. — Organisierung einer Expedition nach der Front. Herren von Stellung, die reiten und schießen, können sich anschließen. Kosten 4000 Mk. Führer besorgt. African G. 915. Adress- und Nachfragerbüro „Times“ EC. — Die Aufforderung ist charakteristisch für die Auffassung, die man in den spätromännischen Kreisen Englands von dem „kleinen Krieg“ in Afrika hat: Schöne Gelegenheit für Sport! Eine Jagd, bei der statt Elefanten und Tiger die schwarzen Matabale das Wild sind. Da sind 4000 Mark kein Geld. Es ist das keineswegs etwas Neues. Bei jedem englischen Colonialkriege fanden sich Freiwillige ein, die dem aufregenden Sport „potting the Natives“, die Eingeborenen wegpuszen, huldigen. Was anderes als solche Menschenjagd erstrebten denn auch wohl die meisten unserer eigenen Colonialsexe?“

## Der Spieler- und Buchererprozeß in Hannover.

In der Donnerstagssitzung wurde zunächst der Rechtsanwalt Dr. Lippendorfer-Berlin als Zeuge vernommen. Derselbe erklärt, er habe, da Abter die Schierstädt'schen Wechsel nicht eingelöst, gegen Schierstädt Klage erhoben. Abter

weilten Bauwerk ersauste ihn aufs Neue Bestürzung. Die Grube, in der gewöhnlich der Widerhall der Arbeit erklang, war wie ausgestorben. Ganz oben das riesenhafte Rad, das in den Abgrund hinein das ungeheure Eisenband abwickelte, an welchem die Bergleute herabfuhrten, regte sich nicht, und die Grubenglocke läutete nicht mehr. Es gab hier weder einen Arbeiter, noch hörte man die Stimme eines Menschen, noch den Lärm der Maschinen, noch eine Bewegung, noch Rauch. Die Empfindung, daß er träume, wurde bei Jaquemin noch lebhafter. Er erinnerte sich jetzt. Die Arbeitslosigkeit hatte die Gruben geschlossen.

Man führte ihn in einen rechtwinkligen Saal, der sich unter dem Dache des riesenhaften Gebäudes befand. Er stellte eine recht geräumige Kleiderkammer vor, die mit Ziegeln gepflastert war und in der an Nageln an den Wänden entlang die Kleider der Bergleute hingen, welche sie beim Besfahren der Grube auszuziehen pflegten. Im Hintergrund des Raumes, der Thür gegenüber, saßen ein Vorhang, der bis zur Erde niederging und in Manneshöhe mit einer Schnur von einer Wand bis zur anderen gezogen war, etwas zu verbergen, hätte er höher hinauf gereicht, so würde er gerade so aufgesehen haben, wie ein Theatervorhang. Man hätte ihn für ein Tuch halten können, hinter dem ein Bildhauer seine angefangenen Bildwerke verbirgt.

(Fortsetzung folgt.)

sei baraus in sein Bureau gekommen, wo der anwesende Lieutenant von Schierstädt dem Abter die bestigten Vorwürfe machte, daß er das zur Bezahlung der Wechsel empfangene Geld unterschlagen habe. Abter habe zugegeben, daß er das Geld für sich verwandt habe. Abter habe auch noch einige Male seinem (Lippendorfer's) Bureauvorsteher zugestanden, daß er die 1250 Mark augenblicklich nicht habe. Am 19. November 1891 habe Abter ein Schriftstück unterschrieben, in welchem er bekannte, die 1250 Mark für sich verwandt zu haben. Da ihm nun gedroht wurde, er werde bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden, so habe er am 22. November 1891 die 1250 Mark per Post von Hannover aus eingesandt. Es wird hierauf in der Verhandlung wegen Büchers fortgesprochen.

Lieutenant a. D. Rittergutsbesitzer Heeremann von Gribnitz bekundet, von Abter etwa 2000 Mark baar und eine Anzahl Loope empfangen zu haben; für die gesamten Baarträge, Loope, Zinsen, Provision und Prolongationskosten, habe er einen Wechsel von 11 200 Mk. unterschrieben müssen.

Zu der Anklage gegen Julius Rosenberg bekundet Premierleutnant von Fuchs-Nordhoff vom 19. Dragoner-Regiment in Oldenburg, daß er von Rosenberg 8000 Mark baares Geld zu 6 p.C. Zinsen, sowie 1½ p.C. Provision als Darlehen empfangen und außerdem 100 Stück braunschweigische Loope gekauft habe, für die er gleichfalls einen Wechsel ausgestellt. Rosenberg habe ihm, ehe er das Geld gegeben, gesagt: „Ich mache eigentlich nicht Zahlungsgeschäfte, ich habe hauptsächlich nur Looptandel; Sie müssen mir daher schon eine Anzahl Loope abkaufen.“ Als Fuchs eine Prolongation des Wechsels und ein neues Darlehen verlangte, habe er das Gefühl gehabt, daß ohne einen neuen Looptauskuf seinem Verlangen nicht entsprochen werden würde und ohne besondere Aufforderung Loope gekauft.

Regierungsassessor Dr. Stephan-Schleswig hat im Jahre 1887 bei einem Besuch in Hannover 5000 Mark im Spiel verloren. Er bekundet, von Rosenberg 5000 Mark baar und für 1500 Mk. Loope erhalten zu haben, für die er einen Wechsel von 16 500 Mark unterschrieben habe. Bei der Prolongation des Wechsels habe er wieder für 1575 Mk. braunschweigische Loope gekauft und dafür einen Wechsel ausgestellt. Büchertutor Preiser-Hannover bekundet, daß in den Fuchs' und Stephan'schen Fällen Rosenberg an den Wechsel- und Looptgeschäften zusammen 9 bis 10 p.C. verdient habe.

Inzwischen ist der zu dem Abter'schen Betrugsfalle gesetzte Zeuge Kaufmann Conrad Reuter-Berlin erschienen. Der selbe ist mehrfach wegen gewerbsmäßigen Spieles bestraft. Er bekundet, daß er im Frühjahr 1891 von Meyer-Wandsbeck einen von Georg von Schierstädt accepptierten Wechsel für 1000 Mark gekauft habe. Meyer habe ihm gesagt: Abter in Hannover werde den Wechsel einzösen. Als er (Reuter) im Juni 1891 nach Hannover zum Weitrennen kam, sei ihm von von Meyer der ihm bis dahin unbekannte Abter auf dem Kumpfplatz gezeigt worden. Er habe den Abter aufgesondert, den Wechsel zu bezahlen. Abter habe gesagt, er solle am folgenden Tag in sein Bureau kommen, dann werde der Wechsel bezahlt werden. Als er nun am folgenden Tage in das Abter'sche Bureau kam, wurde ihm mitgeteilt, daß Abter ausgängen sei. Er habe deshalb den Wechsel an Meyer gegen Rückstättung der 1000 Mk. wiedergegeben.

Die Verhandlung wird vertagt.

## Socialdemokratischer Parteitag.

Köln a. Rh., den 27. October 1893.

Die Debatte über die Gewerkschaftsfrage wird in der heutigen von Singer geleiteten Sitzung fortgesetzt.

Dr. Arons beantworte den Schlussatz seiner Resolution folgendermaßen zu fassen:

„Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn in dem Berufe, dem er angehört, eine gewerkschaftliche Organisation besteht, derselben anzugehören, wenn nicht zwingende Gründe es verhindern.“

Günther-Braunschweig nimmt den Unterstüzungverein deutscher Buchdrucker in Schutz, die Form seiner Organisation sei musterhaft gewesen. Man solle sich nicht über die Form der Organisation streiten, die Hauptsaite sei, daß die Arbeiter überhaupt gewerkschaftlich organisiert seien. Die Beihilfung am Frankfurter Kongress habe doch manches Gute gebracht. In Braunschweig habe man das seltene Schauspiel erlebt, daß ein Socialdemokrat auf Kosten der Stadt zum Kongress entsandt worden sei, ein Beweis, daß sich auch bei städtischen Behörden Interesse für die sociale Frage zeige.

Ströbel-Kiel bedauert den persönlichen Charakter der gestrigen Debatte. Legiens Neuerungen seien doch in ihrem Kern berechtigt gewesen, auch die von den Opfern, der mit der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft verbunden ist. Die Mehrzahl der Genossen glaube leider tatsächlich ihre Pflicht in politischer Beziehung mit der Abgabe des Stimmzettels erfüllt zu haben. Die Ansichten über den Werth der Gewerkschaften seien doch verschieden. Bebel halte sie schließlich für überflüssig und Mollenbuhr z. B. habe das gerade Gegentheil als seine Ansicht geäußert.

Millaug-Berlin tritt warm für die Gewerkschaften ein, die Resolution Arons sei durchaus annehmbar und durchführbar. Selbst die in Königlichen Werkstätten beschäftigten Arbeiter könnten sich organisieren und thun dies auch.

Hoffmeister-Köln meint, daß die Gewerkschaftsbewegung zu zweien zur Verflachung der politischen Bewegung führe. Die Arons'sche Resolution sei unannehmbar.

Holzhäuser-Hamburg empfiehlt die Resolution Arons.

Antrich-Berlin: Schippel habe die Stellung der politischen Partei einerseits und der gewerkschaftlichen Organisation andererseits am richtigen geschildert. Es gebe keinen Parteigenossen, der die Gewerkschaftsbewegung nicht für richtig hält. In der Offenbarung aber würden die Gewerkschaften künftig nicht mehr viel erreichen, aber der Deutschen wegen seien sie überaus wichtig.

Kegler-Berlin: Die Gewerkschaftsbewegung sollte, wie die Hamburger Führer Mitte der 80er Jahre sagten, ein Hammer werden, der die kapitalistische Gesellschaftsordnung zerschlagen werde. Es wurde ihm jedoch bald klar, daß die damaligen Männer die kräftige Hand

nicht besaßen, diesen Hammer zu schwingen. Es sei zur Einsicht gekommen, daß aus verschiedenen Gründen das Proletariat auch der Hammer der politischen Macht geschnitten werden müsse und daß es dann leicht zu einem Gegenseitigkeitskrieg der beiden Hämmer kommen könnte. Es sei den Centralisationsbestrebungen gegenüber getreten, will er eingesehen habe, daß es zu Zwietracht zwischen den beiden Hämtern kommen müsse. Der Streit sei bestigt gesetzt worden und er gebe den Theil seiner Schuld dabei gern zu. Eine jede Gewerkschaft sollte sich so organisieren, wie es ihrem Verhältnisse entspreche. Es sei nichts ein Feind der Gewerkschaft gewesen. Gestreut habe er sich, daß er nicht allein die Gefahr des zweiten Hämmers voraussehen habe, daß er sich mit Auer in dieser Beziehung in Übereinstimmung befände. Seine Beziehungen zu Auer seien sonst nur äußerlicher Natur, protestieren lasse er sich von Auer nicht.

Nachdem noch einige Redner gesprochen, tritt Schluß der Discussion ein.

Legien erhält das Schlusswort. Man ist mit meinem Referat nicht zufrieden gewesen, habe mehr verlangt, ich ersinne daran, daß der ursprüngliche Referent Schiff war und ich es in letzter Stunde übernommen habe. Ich von mir aber etwas Unrechtes gesagt worden, daß Auer in dieser Weise gegen mich vorgegangen ist? Eine solche Behandlung schlägt die eigene Meinung nieder, unterdrückt sie. Das ist nicht der Weg, jüngste Kräfte für unsere Bewegung zu ergießen. (Schr richtig.) Es beruft mich nicht so sehr persönlich, als es mich schmerzt im Interesse der Partei, daß von keinem Redner außer vom Stroß der Auer'sche Ton verurtheilt worden ist. Wenn er mich für urtheilsunfähig hält, was sollen dann die Genossen dazu sagen, die mich in Hamburg zum Delegierten gewählt haben? Das Urtheil fällt auf sie zurück. Das geschmackvolle Wort von den getränkten Lebewesen gehört nicht auf den Congress. Auch Bebel hat mir Urtheilsfähigkeit abgesprochen. Ich kenne seine Thätigkeit in früheren Zeiten wohl, hatte mir aber sagen lassen, daß er seine während des Socialistenfestes sich geändert habe und von dem Gegentheil habe mich erst seine Neuherierung auf dem Pariser Congress überzeugt. Die Generalcommission hat eine segensreiche Thätigkeit erfüllt, sie diene durch Bezeichnung von Broschüren und Flugblättern nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch der Partei. Nur hängt sie ihre Thätigkeit nicht an die große Glocke. Ich schreibe im Correspondenzblatt für die Parteipresse, daß allen Parteiblättern mit der Bitte um Abdruck der Artikel regelmäßig zugehört. Das geschieht aber nicht immer, die Parteipresse hat wohl Sympathie für die Gewerkschaften, sie soll aber Propaganda für sie machen. Der Streit um die Form der Organisation ist nicht von so hoher Bedeutung, wie er hier dargestellt wurde. Bebel sagt, die staatliche Sozialgezegung nimmt den Gewerkschaften den größten Theil ihres Bodens weg und die Concentration des Kapitals verurtheilt sie immer mehr zur Erfolglosigkeit. Eine solche Aeußerung von Parteiführern gemacht, ist nicht geeignet, Propaganda für die Gewerkschaftsbewegung zu werben. Ich bestreite ihre Richtigkeit. Die Arbeiterschulgemeinde erhöht die Bedeutung der Gewerkschaften, weil die Organisationen die Überwachung der Bestimmung des Arbeiterschutzes zu übernehmen haben. Die Gewerkschaftsbewegung wird so lange dauern, als es einen Streit um den Anteil am Product zwischen Capital und Arbeit gibt. Redner blüht schließlich sich der Resolution Arons anzuschließen, die der Meinungsausdruck von Männern wäre, die besonders vertraut mit der Gewerkschaftsbewegung wären und bittet nochmals in Zukunft bei Differenzen sachlich und nicht persönlich zu discutieren. (Beifall.)

Bebel bemerkt persönlich, er habe Legien nicht Urtheilsunfähigkeit, sondern Unkenntnis der historischen Vorgänge zum Vorwurf gemacht. Er bittet ferner, in seine Ausführungen keinen falschen Sinn legen zu wollen, er sei ein aufrichtiger Freund der Gewerkschaften. (Beifall.)

Correspondent Auer: Wenn einer froh gewesen wäre, zu dieser Frage nicht sprechen zu müssen, so wäre ich es. Ich wußte vorher, daß nicht allzuviel sachliches bei der Debatte herauszumachen würde. Zwischen Legien und mir besteht sachlich keine wesentliche Meinungsverschiedenheit. Alle die unangenehmen Dinge hängen mit seinen „Gefühlen“, seinen Vorurtheilen zusammen. Diese Vorurtheile auf Seiten der Gewerkschafter sind auch Schuld daran, daß unser alter, bewährter Genosse Paul ganz falsch verstanden hat, was Bebel gesagt hat. Es wäre doch ein elendes Heuchelspiel, wenn wir den Arbeitern fortwährend zürnen: Organisiert Euch auch gewerkschaftlich und nicht davon überzeugt wären, daß die Gewerkschaftsbewegung nützlich sei. Aber mehr als unsere ehrliche Sympathie erklären können wir nicht. Legien sagt, wir müßten aktiv thätig sein, Propaganda machen, ließ er denn keine Zeitungen? Zur Parteileitung gehört doch auch die Fraction. Ist nicht von der Parteileitung in diesem erweiterten Sinne viel in Versammlungen gethan worden? Kennt er nicht die Thätigkeit Bebels für die Bäcker? Ist das nur kühle Sympathie? Ist das nicht positive Thätigkeit, die den Vergleich mit der Thätigkeit der Generalcommission nicht zu scheuen braucht? Hätten wir etwas gegen Legiens Bestrebungen, würden wir seine Wahl in den Reichstag unterstützen? Sagen nicht Bock, Meister, Reßhaus, Wehger in der Fraction, alles Führer in der Gewerkschaftsbewegung? Fischer, der bei Legien ebenso schwarz angeschrieben steht, wie ich, und ich selber haben mehr Artikel für die Gewerkschaften geschrieben, als Legien bis jetzt. Ich bedauere nicht, daß ich gestern unhöflich war. Ich mag ja auch meine höfliche Seite haben; sie kommt bei mir nur selten zum Ausbruch. (Stürmisches Heiterkeit.) Heut aber will ich so höflich als möglich sein. Die Parteileitung muß neutral bleiben, sonst wird der Streit der Gewerkschaften in die Partei getragen. Kegler's Auffassung über die Centralverbände theile ich nicht. Ich habe auch Kegler oft gesagt, daß seine Waffen nicht immer so scharf geschliffen zu sein brauchen. Die Parteileitung muß so viel Tact haben, sich durch einen solchen Streit durchzuladen. Legien hat an die bekannte sentimentalität der deutschen Arbeiter appelliert. Der Wolf Auer hätte das „unschuldige Lämmchen“ Legien nicht so zerzausen sollen. Ich habe mich nicht in der Rolle des Wolfs gefühlt, sondern in der des Angegriffenen und zwar des seit langer Hand Angegriffenen. Lange ist das Pulver zusammengerichtet worden, bei dessen Explosion allerdings nicht ich, sondern Legien im

die Lust empfingen ist. Das gegenseitige Kopftwischen schadet uns nichts. (Heiterkeit.) Wenn jemand in ich angreift, so breche ich deshalb die Beziehungen mit ihm nicht ab, wie legen es mir angefragt hat. Das ist nun seine Sache. Ich soll gegen den Vorzug der Jugend vorgeworfene haben. Ich wünschte, ich wäre 20 Jahre jünger, dann sollten Sie mal einen Kiel seinen können. (Sturmische Heiterkeit.) Wir haben in Sturm und Wetter gestanden, und verlangen nur, daß sich die Jüngeren darüber unterrichten, was damals war. So unschuldig, wie sich Legionen hinstellte, ist er nicht. Er hat mit dem Vorwurf gemacht, ich dachte nicht so, wie ich spreche. Er spielt die Rolle Vater Autons an der Welche Cäsars, der fortwährend angreift, aber jeden seiner Säge schlägt! Doch Brutus ist ein ehrenwerther Mann. Legionen will anders behandelt sein, ich will ihn anders behandeln, aber er gehe in sich und sage nicht mehr „Herr, ich danke dir, daß ich nicht so bin, wie jene“. Genosse Paul sagte, der Gewerkschaftsbewegung sei hier das Grab gegraben worden, er mög die Versicherung hinnnehmen, die Partei wird die Gewerkschaften nicht im Sich lassen, wie sie sie bisher nicht im Siche gelassen hat. — Sind die 100 000 Mark, die aus der Centralkasse gegeben worden sind, um die Kunden zu helfen, welche verunglückte Streiks geschlagen hatten, seine Unterstützung der Gewerkschaften? Abgesehen von den Tausenden, die deutsche Arbeiter aufgebracht haben. Hat die Parteileitung nicht immer das Solidaritätsgefühl hochgehalten? Es sei denn, daß man ihr erinnert, daß sich die Parteikasse gelegentlich der Cigarrenmacher- und Buchdruckerseite nicht verblüft habe. Die Kasse wäre pleite gegangen schon bei dem Cigarrenmachertreff. Wir glaubten, daß der Streik nicht mehr zu reiten sei, selbst wenn wir unser ganzes Vermögen hergeben würden und hielten deshalb die Taschen zu. Das war unsere Pflicht, wir haben nach bestem Gewissen gehandelt. Wenn wir nicht mehr thun könnten, so liegt das am Umfang des Parteistreiks. Und nun zu der Resolution. Wir können den Genossen nur die moralische Verpflichtung zum Eintritt in die Gewerkschaften auferlegen. Ein Zwangsmittel haben wir nicht. Ironz sagt in seiner Resolution, nur zwingende Gründe dürfen von der Verpflichtung befreien. Was sind zwingende Gründe? Rufen Sie sich die Rede Schönlaucks ins Gedächtnis zurück. Über die zwingenden Gründe wird überall der Streit entbrennen. Sprüchen wir die moralische Verpflichtung aus, lassen wir die heutigen Zwischenfälle vergessen sein und gehen wir als mutige Männer hinaus in den Kampf zum Wohle der Partei und der Gewerkschaften. (Beifall.)

Über die Resolution Ironz wird namentlich abgestimmt. Sie wird mit 168 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Die Resolution Auer wird nunmehr einstimmig angenommen. Alle anderen Anträge sind damit erledigt. Ein Antrag, in Zukunft Parteidienst nicht mehr für Streiks, sondern nur für Parteizwecke auszugeben, wird abgelehnt.

#### Schluss der Vormittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung kommt die Frage „Antisemitismus und Socialdemokratie“ zur Verhandlung. Bebel führt als Referent aus: Als wir vor einem Jahre den Punkt „Antisemitismus und Socialdemokratie“ auf die Tagesordnung unseres Parteitages setzten, war es besonders die antisemitische Presse, die mir Genugtuung davon Notiz nahm. Sie behauptete, die Thatsache, daß die Socialdemokratie offiziell Stellung zum Antisemitismus nette, beweise, welche Bedeutung die antisemitische Bewegung in Deutschland erlangt habe. Gewiß mußte der Antisemitismus eine gewisse Bedeutung erlangt haben, bevor die Socialdemokratie sich entzog, sich mit ihm zu beschäftigen. Deshalb weisen wir ihm aber noch keine große Bedeutung bei, wie die heutigen Verhandlungen ergeben werden. Wir haben dem Antisemitismus gegenüber nur gesagt, was wir gegenüber allen neuen Erscheinungen thun werden, die sich auf sozialem und politischem Gebiet zeigen. Die Socialdemokratie hat vor solchen Erscheinungen nie die Augen verschlossen, sondern sie geprüft, studiert und die Verhältnisse verschafft. Der Antisemitismus ist allerdings nur in einem gewissen Sinne eine neue Erscheinung. Als Judenfeindschaft ist er sehr alt, da besteht er seit der Entstehung des jüdischen Volkes durch ganz Europa. Redner giebt hierauf einen historischen Abriss der Judenverfolgungen, die teils aus Racismus und Glaubenshaben, teils aus ökonomischen Ursachen verklauten sind. Ein das Jahr 1848 brachte den Juden die rechtliche Gleichstellung. In den ersten Jahren des deutschen Reiches war von einer antisemitischen Bewegung noch keine Rede. Erst 1871 organisierte sich der Antisemitismus. Sie setzt mal sich zum Führer auf. Wie kam die Bewegung zu Stande? Sie war die reale Folge der ökonomischen Zustände, in die wir nach dem Krieg von 1870 gelangten. Nach dem Abschluß der glänzenden Periode kam die Erde und die Handwerker merken zum ersten Male, daß es mit dem Handwerk abwärts gehe. Die Mittelschichten haben sich noch der lachende ihrer beginnenden Bedrängnis um. Der Jude war als Capitalist in den Vordergrund getreten, und gegen ihn richtete sich nun das Gefühl des Hasses, weil er ihnen als Konkurrent des Handels entgegentrat. Und er war ein sehr unbedeutender, überlegener Konkurrent. Der Jude beherrschte den Handel namentlich mit den Agrarproduzenten. Capitalist und Jude sind den besschen Bauern identische Begriffe, läßt jüngst mir Recht ein Parteidienst. Der kleine Bauernstand glaubt heute den Versprechungen der Bourgeoisie und Ultramontanen nicht mehr, er will in Höhe gerettet werden, und deshalb füllt er den antisemitischen Demagogen in die Hände. Wir sagen den Leuten ehrlich, daß wir ihnen in der heutigen Gesellschaft nicht helfen können. Darauf haben wir auch unter den Bauern Anhänger gefunden.

Die Wahl Ergebnis in einem bürgerlichen Kreise resultiert aus dem Gefühl dieser Bauern, daß ihnen das Gericht nicht zu helfen ist. Damit ist der Beweis erbracht, daß auch die Erscheine des Centrums auf ökonomischen Ursachen stehen. Wenn der Bauer Kapitalist, Großrite, Hopfen und Wein verkauft, wer sind die Käufer? Juden? Wer sind diejenigen, die Capitalisten leben, Bios kaufen und verkaufen? Juden. Der Großhandel mit Bier ist überall in den Händen der Juden. Nur zu natürlich, daß ausschlagende Erscheinungen zu Tage treten. Die kapitalistische Entwicklung bei uns wird nur noch von der antisemitischen übertragen. Sie ist jetzt so weit, daß das Capital ihnen Gelegenheiten zu

sprechen beginnt. Je größer die Concentration des Capitals, um so mehr kann die Schutzpolizei gebraucht werden, die den Bauern und den kleinen Handwerker angeblich retten soll, nur das Capital fördern. Der Mittelstand wird aufgezehrt. Die Schuhmacher und Schneider wird fast ganz von den Juden beherrscht. Ganz natürlich, daß der Jude, der die kleinen Schuhmacher und Schneider tausendsach beschäftigt, als Ausbeuter Antisemitismus schafft. Und wenn nun einer sagt: schafft die Juden weg, so ist es ebenso natürlich, daß die vorherigen Gewerbetreibenden darauf hereinfallen. In dem Bestreben, um jeden Preis gerettet zu werden, folgen sie dem Antisemiten gedankenlos und blind. Wenn jemand mit Unverachttheit vor jene Leute tritt, so ist es der Antisemit. Wo würde das ein Socialdemokrat wagen. Mit dem Wissen würde er von den eigenen Genossen hinausgewiesen werden. Der Staat vergibt große Leistungen an die Juden, weil diese billig liefern können. Wenn nun die Juden die Handwerker drücken, so kommt die natürlich: Abschaffung hinaus, um bei den unausbildeten Menschen den Hass auf das Höchste zu treiben. Unsere Beamtenwelt ist antisemitisch. Der Grund liegt darin, daß ein großer Theil der Beamten schlecht bezahlt wird und jüdischen Bucherern in die Hände gerät. Deshalb gibt es unter den Bucherern viele Juden? Weil ihr Unternehmungsgeist sie gern risikante Geschäfte machen läßt. Das Wort: Mit steigendem Risiko muß auch die Rüstopräemie stiegeln, dies Wort hat nicht einmal ein Jude, sondern Schulze-Delitzsch erfunden. Den Antisemitismus befördert beim Beamtenhium auch der unklare Drang zur Opposition. Der Antisemitismus ist die staatlich erlaubte Opposition. Der Beamte hat nur die Wahl zwischen conservativen und antisemitischen Versammlungen; da die conservativen langweilig sind, gibt er dem antisemitischen Radikal den Vorzug. Aus ganz ähnlichen Gründen sind Offiziere und Frei-Labour antisemitisch. Die Verschwundenssucht dieser Klasse übersiegt sie dem Bucherer. Freilich hindert das unseren Adel nicht, einen jüdischen Goldfisch zu heiraten. Auch von den Studenten ist der größte Theil antisemitisch. Der Concurrienzkampf macht sich eben auch innerhalb der gelehrt Kreise geltend. Alles ist überfüllt; selbst der frühere Mangel an Theologen ist verschwunden; der noch gehorrende, wird man Geistlicher, ein Beweis, wie materiell auch die Vertreter der Religion denken. Bei ihrem Reichthum, ihrem Streben nach Bildung, das soll nicht verkannt werden, überschreiten die Juden die Universitäten; sie studieren Juris und Medizin und die germanischen Museen können in ihnen eine ungleiche Concurrenz. Die Juden zeichnen sich im Allgemeinen durch Zähigkeit und Rückstehen aus. Der jüdische Student studirt eben, der germanische treibt sich in Kneipen und auf den Fechtabenden herum und wird dann beim Examens vom Juden geschlagen. Deshalb ist in Sachsen, wo die wenigsten Juden leben, der Antisemitismus am stärksten? Das liegt zu den sächsischen Conservativen, mu den Speich Lieferari und Kriecherei die Bauern nicht mehr zufrieden sind. Wir kommen an die Reihe, wenn die Antisemiten angefeindet haben. Wir brauchen uns nicht zu fürchten, wenn der Antisemitismus in den nächsten Jahren noch wachsen wird. Er muß über sich selber hinauswachsen. Abiwarot zieht schon jetzt auch gegen das Parlament los. Auch die hessischen Antisemiten müssen vereins gegen das Capital Front machen. Redner geht nunmehr zu einer Besprechung des antirevolutionären Programms über und zeigt, daß darin conservativ-reactionäre Forderungen mit demokratischen und sozialistischen abweichen. So verlangen sie progressive Einkommensteuer unter Beibehaltung der Gitterbezölle, die sie für den Bauernfang brauchen. So fordern sie auch die Verstaatlichung der Grundsäule, die auch in communisticchen Plänen gefordert wird. Aber der Sinn der Forderung ist da anders. Es wird unter der Voraussetzung einer revolutionären Regierung zur Sozialisierung der Gesellschaft verlangt. In der heutigen Gesellschaft muß eine solche Forderung höchstlich nur dem Agrarstaat zu Seite kommen, dem es jede angenommen sein werde, seine Schulden mit 3 Prozent zu verzahlen, während der Staat 2½ Prozent bezahlen müsse. Die Differenz werde durch Steuern aufgebaut werden müssen, und wen die treffen, das wissen wir. Redner tabelliert bei dieser Gelegenheit, daß die sanguinen Genossen im Landtag den Antrag auf Verstaatlichung der Grundsäule gestellt haben. Solch bedenkliche Correcctionen darf man nicht machen. Von Verjuraung hätten die „Unabhängigen“ geredet. Er gebe die Berechtigung dieser Behauptung nicht zu, aber man müsse aufpassen. Redner schließt mit der Bitte um Annahme seiner Resolution. (Sturmischer Beifall.)

Die Resolutionen lauten:

1. Zu Erwähnung, daß das Dreiflissenwahlrecht in Preußen, das nach dem eigenen Ausdruck Bismarcks das kleinste aller Wahlsysteme ist, es der Socialdemokratie unmöglich macht, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum preußischen Landtag selbstständig zu beteiligen;

in jernerer Erwähnung, daß es den bisher bestreuten Grundröhren der Partei bei Wahlen widerspricht, sich in Compromisse mit feindlichen Parteien einzulassen, weil diese nachdringlicherweise zur Demokratie und zu Streit und Zwietracht in den eignen Reihen führen müssen —

erfaßt der Parteitag:

es ist Pflicht der Parteidienst in Preußen, sich jeder Befreiung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.

Der Parteitag beschließt ferner:

in Erwähnung, daß die Wahllokale in den Einzelstaaten eine wahre Musterkarte reactionärer Wahlgesetze bilden, daß insbesondere der plurielaristische Charakter des Dreiflissenwahlsystems in Preußen es der Arbeiterklasse unmöglich macht, eigene Vertreter in den Landtag zu senden —

fordert der Parteitag die Parteidienst auf, in allen Einzelstaaten eine unmissliche und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen, gebürtigen und direkten Wahlrechts für die Landtage im Sinne unserer Pragmatismusforderung in Angriff zu nehmen.

2. Der Parteitag spricht den Parteidienst in Belgien und Österreich seine volle Anerkennung aus für die Tatkraft, Überwilligkeit und Ausdauer, mit der sie

unter den schwierigsten Verhältnissen, wie diese insbesondere die Genossen Österreichs zu überwinden halten, den Kampf für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufgenommen haben, und beglückwünscht sie zu den großartigen Erfolgen, die sie gegenüber den gemeinsamen Gegnern der Arbeiterklasse errungen haben. Bebel.

Die Discussion wird nicht eröffnet.

Bebel bemerkte zu seiner Rede berichtigend, daß seine Angaben über die im bayrischen Landtag von den Socialdemokraten eingebrochenen Entwürfe nicht völlig richtig gewesen sind, worauf er eben aufmerksam gemacht werden sollte.

Der Schluss der Debatte mache eine weitere Discussion leider unmöglich.

Auch Auer hebt hervor, daß von einem Verstoß bei bayrischen Genossen gegen Prinzip und Programm der Partei nicht im Entferntesten die Rede sein könnte.

Die Drucklegung der Rede Bebels wird beschlossen.

Fest-Mainz und Kaiserslautern-Gütersloh hatten hiergegen wiedersprochen, da sie mit Einzelheiten in der Rede Bebels nicht einverstanden waren.

Es kommen noch die zum Programm und zur Organisation gestellten Anträge zur Verhandlung, die meisten finden aber keine Unterstützung.

Eine Anzahl Anträge, welche sich auf Ziffer 6 des Programms: „Religion ist Privatsache“ beziehen und die Streichung dieses Passus verlangen, wird durch Nebengang zur Tagesordnung erledigt. Auch der Antrag, diese Anträge auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, wird abgelehnt.

Ein Antrag, den Parteitag in der Zeit zwischen Neujahr und Weihnachten einzuberufen, wird abgelehnt, ebenso wie ein Antrag, ihn in die Pfingststage zu verlegen.

Dagegen wird ein Antrag Auer angenommen, wonach einzelne Genossen nur Anträge für den Parteitag stellen dürfen, wenn sie durch eine Bescheinigung der Vertrauenspersonen ihre Parteizugehörigkeit beweisen.

Ein Antrag, den Parteitag nur alle drei Jahre zu berufen, wird abgelehnt, es bleibt bei der alljährlichen Berufung des Congresses.

Eine große Anzahl Städte streiten sich um die Ehre, den nächsten Parteitag im nächsten Jahre beherbergen zu dürfen. Bochum, Breslau, Nürnberg, eine noch zu bestimmende Stadt in Süddeutschland werden vorgeschlagen. Nürnberg wird gewählt.

Hertel-Nürnberg dankt für diesen Beschluss.

Der Antrag Schönlaucks wurde beschlossen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags: „Die Kleinarbeiter und die Socialdemokratie“ zu setzen.

Schlüß der Sitzung 7½ Uhr.

Köln a. Rh., den 23. October 1893.

Singer eröffnet und leitet die heutige Schlussung.

Eine längere Discussion ruft ein Antrag der Parteidienst in Ostrowo her vor:

Nach Ablauf der Amtszeit der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers dürfen höchstens drei von den mit diesen Amtmännern betraut gewesenen Parteidienstern in die neue Parteileitung gewählt werden. Kein Parteidienst darf dem Parteivorstand ohne Unterbrechung länger als zwei aufeinanderfolgende Jahre hindurch angehören. Vor den 5 für ein Geschäftsjahr mit den Amtmännern der vorliegenden, Schriftführer oder des Kassiers betrauteten Parteidienstern darf nicht mehr als 3 in einem Geschäftsjahr in die Parteileitung gewählt werden. Von den 7 Controlloreuren dürfen nach Ablauf eines Geschäftsjahres nicht mehr als 4 wiedergewählt werden. Kein Parteidienst darf das Amt eines Controllors ohne Unterbrechung länger als 2 aufeinanderfolgende Jahre hindurch innehaben.

Von keiner Seite wird der Antrag unterstützt, alleine betonen, daß der Parteitag es ja in der Hand habe, beider alljährlich stattfindenden Vorstandswahl diejenigen Mitglieder nicht wiederzuwählen, die irgendwie ihre Pflicht nicht gethan habe. Wer sich aber bewährt habe, der solle auch wiedergewählt werden. Das demokratische Prinzip durch nicht zu praktischen Unmöglichkeiten führen. Gewisse Autoritäten müsse man sich beugen, selbst wenn Bebel, Liebknecht, Auer und Singer nicht mehr im Parteivorstand sitzen, würden sie doch die Partei leiten.

Der Antrag wird durch Nebengang zur Tagesordnung erledigt, ebenso wie ein Antrag, den Vertrauensmännern der Partei resp. den Wahlvereins-Vorständen ein Exemplar des Centralorgans „Vorwärts“ gratis auf allgemeine Parteidienst zu gestellen.

Die Agitations-Commission für Schlesien und Westpreußen beantragt:

1. In allen Provinzen sind Agitations-Comites zu wählen.
2. Die Comites haben alljährlich dem Parteivorstand Bericht zu erstatten über die Durchschnittslöhne der Dienstboten, Tagelöhner und Frauen, über die Natur und sonstigen Leistungen an das Gesinde und die Schlafstellen und Wohnungszustände der Dienstboten, Tagelöhner und Häusler.
3. Der Parteivorstand ist verpflichtet, die Commission auf Antrag materiell zu unterstützen, wenn die Vertrauenspersonen die Unterstützungsgefechte befürworten.

Der Antrag wird der Parteileitung zur Erwähnung überwiesen.

Ein Antrag:

Von den einzelnen Agitationsbezirken sollen in Zukunft schriftliche Übersichten über Stand, Thätigkeit, Fortschritte und sonstige wichtige Verhältnisse der Partei in den betreffenden Bezirken an das Bureau des Parteitages eingesendet und das Wichtigste aus diesen Überschriften so in den Protokollen der Parteitage entsprechend zusammen gestellt werden.

wird nachdem Diehl-Bittau und Heymann-Berlin ihn bestimmt haben, dem Parteivorstande zur Erwähnung überwiesen. Die Übersichten sollen in dem neuen Centralwochenblatt veröffentlicht werden.

Eine Resolution der Parteidienst in Brüssel: „Die Tatkraft, die in letzter Zeit in der deutschen Socialdemokratie üblich ist, wird von uns als unrichtig angesehen, indem ma-

allen rechtsstehenden Elementen den weitesten Spielraum läßt, dagegen alle radikaleren Genossen rücksichtslos terroristisch, wie die Vorgänge in Zürich beweisen. Wir sprechen unser Mißfallen über den von deutscher Seite in Zürich in Sache rechten Ausschlag der anarchistischen und unabhängigen Delegirten aus.“ rief eine kurze Debatte hervor.

Singer schlägt vor, die Resolution einfach zur Kenntnis zu nehmen.

Bebel beantragt die Resolution durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Der Brüsseler Resolution müsse mit der gehörenden Nichtachtung begegnet werden.

Der Antrag Bebel wird angenommen.

Kahenstejn und Genossen beantragen: Es ist ein unentziehbares Recht eines jeden Menschen, in dem freien Gebrauch seiner Muttersprache und der Ausbildung in derselben nicht gehindert, sondern von der Staatsverwaltung gefördert zu werden. Die gegenwärtigen Rechtsverhältnisse der nicht-deutschen Nationalitäten des deutschen Reiches widersprechen diesem Grundsatz durchaus. Sie sind im Interesse der ausgebauten Volksmasse, sowie aus Gründen politischer Natur dringend der Abhilfe bedürftig. Der Parteitag verlangt daher: Dass das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache allen Reichsangehörigen ungehemmt zugestanden und verfassungsmäßig unter Anerkennung des Deutschen als Amtssprache, die Sprache deren sich die nichtdeutsche Bevölkerung eines Bezirkes bedient, als gleichberechtigte Unterrichts- und Gerichtssprache anerkannt werde.

Nikulsky - Berlin und Kahenstejn - Gießen begründen den Antrag unter Hinweis auf die agitatorische Wirkung.

Bebel beantragt den Antrag der Reichstagsfraktion zur Erwähnung zu überweisen.

Ein Antrag: der Parteivorstand wird aufgefordert, die Frage einer die Erwerbslosigkeit jeder Art betreffenden Reichsversicherung zu prüfen und dem nächsten Parteitag darüber zu berichten und Vorstöße zu machen, wird von

Kahenstejn - Gießen befürwortet. Redner bringt bei dieser Gelegenheit noch einmal die Frage der Beihilfung am Frankfurter Kongreß des freien Hochstifts zur Sprache und verteidigt sie, kein Genosse habe dort gegen Prinzipien der Partei verstößen.

Bebel weist darauf hin, daß Kloß - Stuttgart, als er von „der allgemeinen Menschenfreundlichkeit“ sprach, allerdings mit den Parteiprinzipien sich im Widerspruch gesetzt habe. Er könne kein Wort von dem zurücknehmen, was er gesagt habe. Die Beihilfung sei ein Canossazug und bleibe es. Der nächste Parteitag werde vielleicht einen Beschluss darüber zu fassen haben, daß solche freundliche Unterhandlungen mit den Gegnern in Zukunft unterbleiben müssen. Die revolutionären Prinzipien der Partei dürfen nicht in den Hintergrund treten, wir dürfen unsere Thätigkeit nicht in solchen Kleinigkeiten verzetteln. (Beifall.)

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Geißel - Berlin erstattet nun den Bericht der Siebenster-Commission, die die Solinger Streitigkeiten zu prüfen hatte. Er unterbreitet dem Parteitag die folgende Resolution:

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die Mandate der sämmtlichen Delegirten aus Solingen, der Genossen Kunkel, Leven, Schaaf, Heckner, Schallbach und Meiss sind für ungültig zu erklären.

Die am 1. October in einer Versammlung erfolgte Ausschließung der Genossen Leven, Korbmägler, Kunkel, Herder, Laßingen, Strunk, Schaaf, Helmmann und Wilda ist aufzuheben.

Die Streitigkeiten im Solinger Kreise, wie sie nach dem Berliner Parteitag neuerdings stattgefunden, und bei der Reichstagswahl schließlich zur Ausstellung von zwei sozialdemokratischen Kandidaten geführt haben, sind als der Partei unwürdig auf das allerentschiedenste zu verurtheilen. Soweit diese Vorgänge durch den Mangel einer geeigneten Organisation gezeigt wurden, werden die Genossen des Solinger Kreises aufgefordert, den Rathschlägen der Commission gemäß mit der Schaffung einer folgenden zu beginnen.

Der Berichterstatter der Commission führt zur Begründung der Commission noch aus: In Berlin sei den streitenden Parteien eine goldene Brücke gebaut worden, und es hätte nur ein geringer Mangel von gutem Willen bedurft, um eine Einigung zu erzielen. Die Solinger hätten dieses geringe Maß von gutem Willen nicht besessen und es sei nötig, einmal ein Exempel zu statuiren. Beide Theile trügen gleiche Schuld. Der Ausschluß sei aus rein formellen Gründen aufgehoben, man habe nämlich die Ausschließung nicht auf die Tagesordnung gelegt, in der der Ausschluß erfolgt ist. Der Streit sei in der allge häßigsten Weise geführt worden, die Elementarfehler Anstandspflichten seien dabei vernachlässigt worden. In einem Flugblatt sei dem Genossen Schubmägler Rätselhaft vorgenommen worden, in der Bergischen Arbeiterstimme sei er der Unterschlagung bezichtigt worden. Die Commission habe festgestellt, daß diese Behauptungen total unbegründet sind. Andererseits habe Genosse Schubmägler so viel auf seinem Kerbholz, daß er streng verwarnt werden müsse. Die fehlende Organisation habe allerdings zur Verstärkung der Gegenseite beigetragen. Die Commission habe für eine passende Organisation Sorge getragen. Es solle ein Kreisvertrauensmann ernannt und binnen kurzem eine Kreisconferenz stattfinden, in der auch ein Mitglied des Parteivorstandes teilnehmen solle. Schließlich habe die Commission den Beteiligten gesagt, daß, falls dieser letzte Versuch zur Einigung fehlgeschlagen sollte, allerdings der Gedanke des Auschlusses der Störenfriede aus der Partei erwogen werden solle.

Stolke, Mitglied der Commission fügt hinzu, daß die Wahlen der Delegirten, auch weil sie incorrect vollzogen wurden, für ungültig erklärt worden sind.

Eine Discussion wird nicht bestellt. Der Parteitag macht den Beschluss der Commission zu seinem eigenen.

Ged-Offenburg berichtet sodann über die Prüfung der eingesandten gegen den Parteivorstand eingegangenen Beschwerde des Arbeiters Wilhelm Kade aus Neß. Kade war als Arbeiter einer Staatswerkstatt gemachtregelt worden, weil er zwei sozialdemokratische Versammlungen einberufen hatte. Schon nach der ersten Versammlung war ihm von seiner vorgesetzten Behörde mit der Maßregelung gedroht worden und,

die Parteileitung hatte ihn ausdrücklich gewarnt, weiterhin als Einberufer von Parteiversammlungen zu fungieren. Er hatte diesen Rathschlag des Parteivorstandes nicht befolgt, aber Unterstützung von Parteiwegen verlangt, als dann die Maßregelung erfolgte.

Der Parteivorstand sowohl wie die Beschwerdecommission lehnten dieses Gesuch ab. Kade wandte sich nun an den Parteitag, der die Commission zur Prüfung der Angelegenheit einsetzte.

Die Commission beschloß, an der Entscheidung des Vorstandes nichts zu ändern, da sie prinzipiell völlig correct sei. Die Commission bittet aber, dem Genossen Kade, der Vater von fünf Kindern sei und eine Stellung verloren habe, die er 14 Jahre lang inne gehabt, über die größte Not hinausgewichen. Nachdem aber Namens des Parteivorstandes erklärt hat, daß das schon geschehen und die Angelegenheit mit gutem, nicht mit verstöcktem Herzen behandelt worden sei, schließt sich der Parteitag ohne weitere Discussion dem Vorlage der Commission an.

Es wird ein Antrag angenommen, in den in nächster Zeit stattfindenden Partei-Versammlungen die Frage der Tabaksteuer zu erörtern.

Danach tritt eine Mittagspause ein.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. October 1893

[Der elende freisinnige Wahlwindel] wird durch die „Erklärung“ des Herrn Käntop in der heutigen „Morgenzeitung“ immer besser gekennzeichnet und es ist wirklich zu bedauern, wie es Leute geben kann, die sich so zu Schuhputzern des Misch-Masch hergeben können. Zur Charakterisierung jener Personen wollen wir diese sogenannte Erklärung hier folgen lassen:

— (Zur Landtagswahl.) Erklärung: Zu den verleumderischen Bekleidigungen, welche die „Volkswacht“ gegen mich gebracht hat, sehs ich mich gezwungen, Stellung zu nehmen. Was in der Sonntagnachmittagsversammlung in der Villa Lieblich gegen mich vorgebracht wurde, ist geradezu empörend und ungeheuerlich. Erstens hat man dort gefragt, ich wäre von der freisinnigen Partei gekauft, und dann dieselbe hätte mich eingekleidet. Gegen solche Beschuldigungen habe ich keine Worte, sondern nur Verachtung. — Also das ist die vielgepriesene sozialistische Freiheit! Nun, ich danke für einen solchen, freilich noch grauer nebelsichtiger Ferne liegenden Zukunftsstaat, wo sogar die Demokratie eingeschrankt wird, wie die Herren von der „Volkswacht“ jetzt eine kleine Probe gegeben haben. Man darf also im Zukunftsstaat nur das be. za., was die Herren am Redaktionstisch beschließen; oder darf dann überhaupt Niemand mehr denken? Vorläufig ist Herr Schebs mir noch viel zu jung, um mir bei demselben die Erlaubnis einzuhören, was ich denken soll. Was nun die Ausschließung einer Person aus der Partei anbetrifft, so erkläre ich den Herren, daß man wohl die Lust verlieren könnte, einer Partei anzugehören, wo eine Clique die freie Willensmeinung knecken will. Aber so weit sind wir noch nicht, Herr Schebs und die „Volkswacht“ sind nicht die Partei. Auf weitere Polemik der sogenannten „Volkswacht“ mich einzulassen, halte ich unter meiner Würde. Allen denjenigen Gesinnungsgenossen, welche noch im Beize einer freien Meinung sind, lege ich dringend ans Herz, sich an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimme nur den von der freisinnigen Partei aufgestellten Wahlmännern zu geben.

August Käntop, Altbäckerstraße 59

Vor Allem hat die „Volkswacht“ keine verleumderischen Bekleidigungen, sondern nur Thatsachen gebracht; denn es ist nicht abzuleugnen, daß die Flugblätter vom freisinnigen Wahlbüro bezahlt worden sind, besaleichen die Mitglieder des „sozialdemokratischen Auskunfts-Büros“ ihren Gehalt von den freisinnigen erhalten haben.

Des Weiteren lügt Herr Käntop, wenn er behauptet, es wäre in der Versammlung eine solche von ihm behauptete Neuherzung gefallen; vor allen Dingen hätte er anwesend sein müssen, um mit eigenen Ohren zu hören, was verhandelt wurde.

Auf die Betrachtungen, die genannter Herr über den Zukunftsstaat anstellt und sich sein armes Hirn abmarschiert, wäre lächerlich, einzugeben, desgleichen auf die persönliche Unzulänglichkeit. Traurig genug, wenn ein Mann, der mit seinem Alter prohlt, nicht mehr politische Reife besitzt. Wenn aber behauptet wird, daß wir eine Knebelung der freien Willensmeinung anstreben, so ist das eine Insammlung, wie sie denen nur zuzutrauen ist, die sich im Schutz der bürgerlichen Sippe wohlfühlen. Die „Volkswacht“ hat nach den Prinzipien der Partei gehandelt und die gesammte Sozialdemokratie Breslaus steht hinter der Redaktion, um energischen Protest gegen das Vorgehen einzelner verschwommenen Köpfe einzulegen. Ja, die Beweise mehren sich immer mehr, wie recht wir hatten, wenn wir jene Leute als Mamelukken des Freisinns bezeichneten.

\* \* \*

[Sie lügt, die freisinnige Clique!] In der am Sonnabend abgehaltenen Versammlung der schlesischen Cigarren- und Tabakfabrikanten wurde des Desteren hervorgehoben, daß die freisinnige Partei gegen die projectierte Tabaksteuer sei. Das ist nun eine faust-

dicke Lüge; denn die Vereinigungsbrüder, so damals für die Militärvorlage stimmen, werden consequenterweise Weise auch für die Mittel zur Befreiung der Ausgaben für den Militarismus zu haben sein und die Herren Abgeordneten Thommen und Borch sind schon entschlossen, der Regierung alles zu bewilligen. Trotz dessen gehen die Volkspartei Hand in Hand mit den ersten und stieben mit allen Kräften die Wahl von Wadelsträmpfern an.

Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich werde Dir sagen, wer Du bist.

[Ein Beitrag zur Unsitlichkeit.] Bekanntlich hat der „Breslauer General-Anzeiger“ außer dem Klatsch noch die edle Mission, Inserate des schlimmsten Inhalts in seine Spalten aufzunehmen und so bei Schlußpfingst der Unsitlichkeit zu sein. Da wünschen Herren ein Logis bei jungen Witwen zu mieten, „anständige“ Mädchen bitten um Darlehen u. s. w. Kreuz, wer sich die Mühe giebt, das „unparteiische“ Blatt einmal in seinem Inseratenheft von A. bis Z durchzulesen, wird von dem, was da geboten wird, genug haben.

Auf ein Inserat oben bezeichneten Inhalts lief u. A. folgende Offerte ein, die uns im Original vorliegt:

Breslau, d. 22. 10. 93.

Sehr geehrter Herr!

Bejüglich Ihres gewünschten Zimmertheiles Ich Ihnen ergebenst mit, daß mein Anebleien Ihnen convenient dürfte.

Ich bin jung Wittwe (1) ohne Anhang, und infolge dessen ist das Zimmer ungenutzt und discret. Ich wohne (solat Adressse). Der Stadthell ist sehr bequem. Indem ich Ihnen gültigen Besuch erwarte, zeichne

Hochachtungsvoll

Frau E. S.

Die gesperrt gedruckten Worte: „ungenutzt“ und „discret“, sind in dem Schreiben unterstrichen, lassen also auf sehr viel schließen. Das ist die verdeckte Prostitution, wie sie nicht besser gedacht werden kann, die Pestbeule am bürgerlichen Gesellschaftskörper; und während man sich äußerlich in das Gewand der Sittelichkeit und Moral kleidet, greift das Gift inwendig immer weiter um sich. Was nutzt da die lex Heinrich was die Bekämpfung der Unsitlichkeit durch Vereins und polizeiliche Maßregeln? — Aber trotzdem sind es nur die bösen Sozialdemokraten, die freie Liebe predigen und unsere Mucker und Philister schamlos macht, nicht wahr?

[Stadtverordneten-Versammlung.] Am Donnerstag, den 2. November findet keine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung statt.

[Stadt-Theater.] Heute gelangt Nordmanns Stück aus dem Wiener Volkstheater „Gefallene Engel“ zum ersten Male zur Aufführung; in den Hauptrollen sind die Damen Grunert, Salter, Schaller, Scherbarth-Fries und die Herren Gerlach, Hofmann, Weiß, Grevenberg, Bärna und Gartner beschäftigt. Morgen, Mittwoch, geht die Oper „Teil“ in Scene.

[Alarmierung der Feuerwehr.] Am 29. d. Mts., Abends 10 Uhr 55 Min., wurde die Feuerwehr nach dem Zwingerplatz Nr. 2 gerufen, wo im 4. Stock des Bordes gefäubtes in einer Stellnerstube ein Schrank mit Kleidungsstück und über demselben ein Theil der Schaldecke anscheinend in Folge von Unvorsichtigkeit beim Umdrehen mit Licht in Brand gerathen waren. Das Feuer wurde durch direceten Angriff von der Gasstrahle mit einer Schlauchleitung gelöscht.

[Unglücksfall.] Als am 28. d. Mts., Vormittags, ein Kutscher mit seinem Wagen am Neumarkt entlang fuhr, stieß sein Wagen mit einem anderen zusammen, wodurch der Kutscher von dem Woc fürz und überfahren wurde. Er hatte nicht unbedeutende Verletzungen erlitten und wurde nach seiner Wohnung auf der Hintergleiche geschafft.

[Betrug.] Am 27. d. Mts., Abends, kam ein mit dunklem halblangem Ueberzieher bekleideter Herr in ein Wurstwarengeschäft auf der Rosenthalerstraße, stellte sich für 30 Pfennige Wurst verabfolgen und gab ein Zwanzigmarkstück in Zahlung. Die Verkäuferin legte das Zwanzigmarkstück neben sich auf den Ladentisch, da ein anderer Herr den Laden betrat und um schnelle Bedienung bat. In demselben Augenblick riß der erste Herr das ihm bereits herausgegebene Geld sowie das Zwanzigmarkstück an sich und ergriff damit die Flucht.

[Schwindelin.] Vor einigen Tagen kam zu einer Wurstpreihändlerin auf der Gartenstraße ein 27 Jahre alter Mädel, urd bat, für ihre Dienstherrechaft, welche vom Oberschlesischen Bahnhof aus eine Reise angetreten und dem Mädel kein Geld zurückgelassen habe, um ein Darlehen von 20 Mark. Die Händlerin schenkt den Worten der Person Glauben und gab ihr die verlangten 20 Mark. Später stellte es sich jedoch heraus, daß die Mädelin somit das Opfer einer Betrügerin geworden war.

[Freiwillig gestellt] hat sich am 30. d. M. bei Behörde ein Glasbläser, der im November v. J. auf der Friedrich-Wilhelmstraße 18 Mark gestohlen hatte. Wegen dieses Diebstahls soll bereits ein anderer, unschuldiger Waisen verdächtigter Mann mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden sein.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden wurden: Ein Sack und ein Korb mit Damen- und Herrenwäsche, ein

Schmuckstück und drei Portemonnaies mit Inhalt. — Verloren wurde: Ein silbernes Armband und ein Fünfmarksteink, ein goldener Damering mit weitem Stein. — Gefunden wurden: In der Nacht vom 28. zum 29. d. Ms. aus der verschlossenen Bodenkammer eines Grundstücks der Salzstraße ein schwarzes Kaschmirkleid und ein dunkelbraunes wollenes Kleid. — Verhastet wurden: Am 28. und 29ten s. M. 112 Personen.

## Vereine u. Versammlungen.

Protestversammlung gegen die Tabakfabrikatsteuer. Am Sonnabend, den 28. October, tagte im großen Saale des Schießwerbers eine öffentliche Versammlung von Interessenten und Consumenten, behufs Abwendung der geplanten Tabakfabrikatsteuer. Dieselbe, von etwa 400 Personen, meist Tabakarbeiter, belucht, war von dem Comitee schlesischer Charken und Tabakfabrikanten einberufen und durch ein Mitglied desselben, Herrn Deter, eröffnet. Zum Referat erhielt darauf Herr Bielschowsky-Biesien das Wort. Der Redakteur bemerkte zunächst, daß die deutsche Tabakindustrie mit einem Menschen, der auf hoher See im schwankenben Kahn bedenkt, zu vergleichen sei. Der Redner giebt sodann eine Entwicklung der Tabakindustrie in Deutschland, die einen ungeahnten Aufschwung genommen hatte, bis endlich die Reichsregierung ihre Sammelbüchsen auf sie legte, sie erst mit einer gestrafen, später aber mit einer höheren Steuer belastet, so daß sie heute noch daran fränkeln. So, die Tabakfabrikation sei dadurch fast ganz eingegangen; die Charkenfabrikation ertrag wohl die Steuern, aber nur unter beständigen Rückungen. Ungeachtet dessen, trotzdem also die Regierung die gedrückte Lage der Tabakindustrie kennt, lauchten immer neue Projekte zu ihrer Besteuerung auf. Zugt somme man mit einer ganz unqualifizierten Tabakfabrikatsteuer. Redner geht nun auf die Wirkungen hieselben ein und erklärt, daß angesichts der schon jetzt schlimmen Lage, welche frühere Besteuerungen zur Folge hatten, nach Durchführung der Tabakfabrikatsteuer die ganze Industrie vollständig ruinirt werde. Das deutsche Volk ist nicht mehr so reich, um solche Lasten einzutragen zu können. Kaufende von Erzeugnissen und Familien würden zerstört werden. Der weitauß größte Teil des Volkes ist darum gegen die Tabakfabrikatsteuer und erwartet auch von ihren Abgeordneten, daß sie ebenfalls gegen dieselbe stimmen. (Lobhaftes Bravo.) Der Vorsitzende unterbrachte darauf nachstehende Resolution:

Die heut Abend im Schießwerbersaale tagende Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Tabakbranche, von Geschäfts-Interessenten und Consumenten erklärt sich gegen die geplante Tabakfabrikatsteuer, sowie gegen jede höhere Belastung des Tabaks."

In der Diskussion, welche nunmehr stattfand, meint Fabrikatsfertiger Hanke-Drieg, daß man nicht genug darauf hinweisen kann, welche ungeheure Vergrößerung der Arbeitshälfte in der Tabakfabrikation eintreten müßt, wenn die neue Steuer Annahme finde. Kleinen Fabrikanten wird es nach

ihrer Einführung kaum möglich sein, überhaupt richten zu können. Das Volk möge daher bei den Wahlen Sorge tragen, daß die Regierung erkenne, wohin die öffentliche Meinung geht. Tabakarbeiter Liebmann wirft den Tabakfabrikanten vor, daß sie sich nicht schon längst mit den Arbeitern verbunden hätten. Zur Zeit, da es nicht mehr möglich ist, die Steuer auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, bleiten sie diesen die Harde. Tabakfabrikant Göder läßt es für nothwendig, daß Arbeiter und Arbeitgeber hier geschlossen vorgehen und gemeinsam in die Opposition eintreten. Es sei dies jeder seiner Familie schuldig und ebenso möge man dabei berücksichtigen, die elend und schwach, einzlig in der Tabakbranche noch Beschäftigung finden werden. Redner empfiehlt ferner die Einführung der Arbeiter-Controllen, als Schutz gegen die Schleuderconcurrenz. — Die Redacteure Ehlers und Walter nahmen Veranlassung auf die bevorstehende Landtagswahl hinzuweisen und an die Anwesenden das Gründen zu richten, man möge nur Männer wählen, die hier ein entschiedenes "Nein" sagen können. Genosse Bahn bemüht diese Ausführungen gegenüber, daß wenn irgend eine Partei, gerade die freisinnige schuld davon ist, wenn jetzt die neue Steuer drohe. Sie, die freisinnige Partei, hätte leicht die wenigen Stimmen welche zur Majorität gegen die Militärvorlage gehörten, aufbringen können. (Sehr richtig.) Im Gegenteil hat sie bei den letzten Reichstagswahlen immer gegen die Sozialdemokratie gestimmt. Jedenfalls werde man fünfzig wissen, was man zu thun hat. (Bestall) Redacteur Ehlers hält es noch für geboten, unter anderen zu bemerken, daß die freisinnige Volkspartei nicht für die Annahme der Militärvorlage verantwortlich zu machen sei. — Darauf wird die erwähnte Resolution angenommen und die Versammlung um 10 Uhr geschlossen. Unter Wahrung der Arbeiter-Marschallatze verließ die zahlreich anwesenden Genossen den Saal.

— Maurer Josef Hanke, kath., L. — Böttcher Paul Henschel, ev., L. — Gastwirth Adolf Reichel, kath., S. — Prominentenwärter Ferdinand Riebel, evang., L. — Pensionär Locomotivführer August Bader, kath., S.  
Vom 30. October.  
Heiraths-Ankündigungen. I. Handelsmann Alex. Fengold, jüb., Maleigasse 30, und Jenny Wallisch, geb. Udo, jüb., Nicolaisstraße 26. — Restaurateur Heinrich George, ev., Hummerer 12, und Pauline König, ev., Mückerau. — Hutmacher Gustav Wippich, ev., Seidenstraße 21, und Ernestine Pittmann, geb. Glässler, ev., Berliner Chaussee, Wittenmannsruh. — II. Schuhmacher Vincenz Schwarzyk, kath., Bewalstraße 20, und Otilie Drecker, kath., hier. — Holzhändler Augustin Braun, kath., Neu-Westrich, und Ulrike Neumann, kath., Bietenstraße 14. — Postschaffner August Masur, evang., Bohrauerstraße 46, und Witwe Ida Giese, geb. Kunzendorf, ev., hier. — Arbeiter Hermann Machuske, evang., Brandenburgerstraße 3, und Pauline Meissner, ev., hier. — Holzhändler Max Goy, ev., Garvensit. 13, und Emma Graul, ev., Feldstraße 15a. — Böhmer Ernst Birke, kath., Berlin, und Elisabeth Schleicher, evang., Büttenstraße 24. — Anstreicher Robert Berger, kath., Friederichstr. 38, und Martha Kretschmer, ev., Bietenstraße 10. — III Handelschuhmacher Robert Smits, kath., Kleine Scheinigerstraße 41, und Emilie Heinrich, ev., dasselbst. — Schneider Paul Kergel, kath., Vincenzstraße 16, und Bertha Büchner, ev., Karuthstraße 17. — Arbeiter Karl Marschall, ev., Ebingstraße 28, und Josefine Hänsel, geb. Mühlung, ev., dasselbst. — Brauer Paul Hirsch, ev., Sacrau, und Martha Scholz, ev., Schrottaße 7. — Arbeiter Ernst Sachwitz, ev., Mittelfeld, Franke-Haus, und Pauline Trippner, ev., dasselbst.

Breslau, 30 October. (Breslauer Zeitungen) Brot (per 1000 Kilogramm) per October 128,00 S., November 128,00 S. — Bäse (per 1000 Kgr.) per Octob. 161,00 S. — Rübbel (per 100 Kgr.) —, gesündigt — Etr., loco in Qualitäten à 5000 Kilo. — vor October 48,00 S., per April-Mai 48,50 S. — Spiritus per 100 Liter (à 100 p.c.) ohne Faz. excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gef. — Etr., abgelieferte Sündigungsscheine —, per October 50 per 50,80 S. 70 per Centometer 31,30 S. Zins ohne Umsatz.

Breslau, 30 October. (Breslauer Zeitungen) Weizen-Zusatzgarneli per Brutto 100 kg incl. Sac 23,00 bis 23,50 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 20,75 — 21,25 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg à Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,80 — 9,20 M., b) ausländisches Fabrikat 8,40 — 8,80 M. — Roggengarneli per Brutto 100 kg incl. Sac 18,50 — 19,00 M. — Getreidemehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,40 — 9,80 M., b) ausländisches Fabrikat 9,00 — 9,40 M.

Wegen Raumangest können wir die Nede Bedels auf dem Kölner Parteitag ein in der morgigen Nummer zum Ab rück bringen.

## Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

### Lesezimmer Nr. I.

**B. Galle's Restaurant, Anderthalbstraße 4.**  
Mittwoch, den 1. November, Abends 8 Uhr: Lese- und Diskutabend. Zürstreichs, sämtliches Erscheinen erwünscht. Aufnahme neuer Mitglieder.

### Lesezimmer Nr. II.

**Züller's Local, Lehmdamm 28 (Idahof).**  
Mittwoch, den 1. November: 1. Vortritt: Der französische Kommunist und Sozialismus und sein Verhältniß zum wissenschaftlichen Sozialismus. Referent: Genosse Geiser. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

### Lesezimmer Nr. III

fällt aus.

### Gesangsafttheilung.

**"Drei Gassen", Neumarkt Nr. 8.**

Jeder Freitag Abends 8 Uhr:

Übungsstunde unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. — Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt im Januar. — Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.

Außerdem werden die Parteigenossen, insbesondere die Vereinsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß im Vereinslocal "Drei Gassen" folgende Parteizeitungen zu freier Benutzung ausliegen: "Borussia-Echo", "Wähler", "Fränkische Tagesspost", "Proletarier", "Volkswacht". Der Vorstand.

Hierdurch gebe ich den Parteigenossen bekannt, daß ich mein Amt als Vertrauensperson der socialdemokratischen Partei niedergelegt zu richten.

Breslau, den 30. October 1893.

Emil May.

## Achtung! Parteigenossen!

Alle diejenigen, welche noch Verpflichtungen uns gegenüber haben, erfüllen wir daß wir denselben nachzukommen, da in nächster Zeit die Neuwahl der Vertrauensleute stattfindet. Korditzke, Winkler, Vertrauensleute zu haben bei allen Galporten.

Zuletzt garantiert fernerlich Meter von 60 Pf. an bei Salo Freund, Breite-Strasse 4-5. 1526

**Großartige Auswahl**  
von Muffen, Pelzmüßen und Krägen für jedes Alter passend offenbar billigst 1573

**Fr. Paul,**  
Kürschnermeister  
Friedrich-Wilhelm-Strasse No. 2,  
am kleinen Markt.

**Bilder-Einrahmung**  
sowie Simplicie mit Bildnissen  
der Lassalle, Bebel, Liebknecht

**A. Paetzl.**  
Paulstraße 5. 1533

**Arbeiter**  
kaufen gediegene gute  
**Stiefeln,**  
sowie alle Schuhwaren  
in großer Auswahl zu billigen Preisen  
bei Carl Renner,  
Schuhmachermeister.

**Bohrauerstraße 14, Ecke Lehmgrubenstr. im Edeladen 1391**

Alle die "Volkswacht"  
betreffenden Beschwerden  
finden an den Obmann der  
Preßkommission,

**Herrmann Wersch,**  
Humboldtstr. 7

Soeben erschienen:

**Der wahre Jakob 189**  
Preis 10 Pf.

Borrätig bei allen Galporten und  
in der Expedition der "Volkswacht".

Soeben erschienen:

**Der Süddeutsche Botiller 23.**

Preis 10 Pf.

**Gewerkschafts-Cartell für Breslau und Umgegend.**  
Mittwoch, den 1. November, Abends 8 Uhr,  
in Edlich's Local, Neumarkt 8, zu den "drei Tauben":

**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Die Localfrage. — Sämtliche Gewerkschaften sind hierzu eingeladen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

**Gold-, Silber-, Korallen-, Granat- u. Alsenidewaaren**  
kaufst man am allerbilligsten, weil keine teure Ladenmietehe

**Neue Taschenstraße 7**  
(vis-à-vis vom Simmenauer)

bei 1590

**Jean Harnig,**  
Zuvelier und Goldarbeiter.

**Gelesene Nummern**

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

**Gekrönte Häupter.**

Carl Leopold von Reddenburg.  
64 Seiten. Preis 20 Pf.

**Gekrönte Häupter.**

Nr. 1: (Halberst. II. v. Hessen) conf  
Nr. 2: (Jug. d. Sterke v. Sachsen)  
Nr. 3: (Jug. Alexander VI.) 20 Pf

Expedition der "Volkswacht".



**August Heyne**  
**Zohtabak-Handlung**  
 Berlin Leipzig Chemnitz  
 Breslau, Carlsstraße Nr. 27  
 empfiehlt alle Sorten Zohtabake zur Cigarrenfabrikation zu billigsten  
 Preisen in anerkannt bester Ware. 1269

2931 Tafelstraße 2931,

im neuen Schulhaus, größtes christliches

**Herren- und Damen-Garderobe-Geschäft.**

Bedeutend vergrößertes Lager fertiger Garderobe, reich sortiertes  
 Stoßlager für Wirkbestellung. Jeder Auftrag wird prompt und  
 gewissenhaft erledigt, zum billigsten Preise berechnet.

Es bittet alle christlichen Männer um geneigten Zuspruch

Wilh. Schroll, früher Poststr. 3.

Neu!

Neu!

**Kulmbacher Bierhaus,**

14 Nicolai-Strasse 14.

Preisgekröntes Bier aus der ersten, bestreiteten Brauerei  
 Kulmbachs.

**Aerztlich empfohlen!**

à Glas 20 Pf., Schnitt 15 Pf., Kind 10 Pf.

Kleine Speisekarte. Grosser Frühstückstisch.

**Mittagstisch 50 Pf.**

Jeden Abend Stamm zu 30 und 40 Pf. 1531

**Otto Nieber.**

Neu!

**4. Klasse 189. Königl. Preuß. Lotterie.**

Richtung vom 30. Oktober 1893. — 11. Tag Nachmittag.  
 Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in  
 Glämmern beigelegt. (Obige Gewährte.)

51 243 56 60 77 380 626 66 741 88 570 81 911 30 51 99 1015 43  
 118 55 211 351 453 656 66 703 814 2036 112 24 539 868 911 3048 56  
 218 67 71 346 670 755 821 920 53 62 4251 330 465 68 612 794 863  
 (3000) 73 215 5342 67 81 668 799 6277 345 63 669 776 895 7163 43  
 811 73 (1500) 77 92 506 45 (300) 70 768 8331 547 83 721 59 91 867  
 76 902 9077 104 69 301 (3000) 20 419 531 655 61 866 (300) 986  
 10002 (3000) 51 120 27 425 49 86 519 858 904 60 11097 330 490  
 610 750 352 12011 109 346 422 555 690 338 557 13060 207 (300) 14  
 87 275 533 99 639 50 (300) 567 (300) 952 14072 203 26 364 430 78  
 522 630 80 842 (1500) 56 935 15499 (600) 501 95 622 34 (600) 850  
 919 84 16453 526 794 97 917 52 17132 247 331 438 733 932 18093  
 804 83 97 (3000) 355 411 48 56 617 68 82 808 89 92 19127 51 53 62  
 693 689 738 61 873  
 20087 169 79 (500) 571 435 (500) 501 48 875 87 (300) 94 (500) 913  
 58 (1500) 21229 40 86 440 587 600 22005 197 443 531 739 41 86  
 (1500) 930 71 23108 31 373 75 447 543 640 811 55 922 24096 97 138  
 84 (1500) 313 65 527 49 665 843 904 48 97 25223 329 644 724 50 (500)  
 877 922 34 28055 (600) 80 326 62 431 (6000) 43 (1500) 64 562 53 98  
 788 853 94 27063 116 339 52 65 522 643 795 603 70 28049 304 418  
 88 793 863 983 29037 199 218 319 501 758  
 30056 342 54 431 559 60 641 (1500) 31010 34 77 95 205 322 71  
 673 701 (1500) 983 98 952 64 32082 174 293 302 10 88 (1500) 495 540  
 788 875 23021 104 83 216 (500) 436 93 (600) 712 34039 51 171 (3000)  
 273 371 476 92 677 791 92 (500) 867 83 35009 27 337 457 756 905  
 86055 262 336 407 (1500) 34 741 835 936 37014 268 313 713 66 899  
 85000 6 52 54 131 312 523 (3000) 623 60 848 50 67 39077 411 521  
 695 715 (3000)

40000 34 56 159 65 (300) 269 480 738 70 (500) 562 57 68 98 99  
 41055 371 427 565 83 822 41 69 76 87 91 97 944 (1500) 42116 219  
 416 598 626 99 722 76 (600) 92 825 952 43102 39 54 68 223 (500) 2733  
 88 417 589 (300) 757 556 (3000) 44139 228 502 80 91 969 (1500)  
 45049 60 294 96 618 789 90 (1500) 46059 49 278 341 (300) 567 884  
 86 89 47406 59 829 48130 223 50 90 (500) 361 561 63 692 881 979 93  
 49022 172 201 324 559 67 622 (300) 758 533 87  
 50022 204 45 312 88 684 788 (3000) 51047 315 19 867 71 93  
 52018 90 117 64 271 81 381 53123 335 39 819 49 908 47 54224 238  
 680 (1500) 696 55130 200 91 510 644 829 (3000) 951 82 (300) 81  
 56201 359 602 789 837 74 81 87 57018 101 218 23 31 344 419 38 83  
 688 99 58007 178 79 25 560 633 (1500) 907 59057 136 43 95 479  
 543 657 715 (1500) 661 80 (1500) 933  
 60103 261 400 82 540 701 992 61116 208 541 95 428 70 533 754  
 849 62078 120 227 (300) 97 450 619 722 51 898 63008 (500) 38 81  
 949 54 317 92 (1500) 420 690 749 63 901 79 64050 (300) 161 (1500)  
 81 301 58 91 492 573 658 764 893 840 65112 247 85 365 65 410  
 (1500) 72 70 572 85 734 548 66073 198 213 350 480 615 55 77 601  
 773 90 810 (300) 51 (500) 44 75 85 909 75 67059 199 443 534 688  
 68049 345 465 98 572 939 96015 191 235 319 400 75 504 65  
 710 837 978  
 70041 106 74 319 69 458 (500) 741 511 (10 000) 932 90 71178 (500)  
 557 71 75 410 59 560 794 830 72257 397 477 561 717 (3000) 842 908  
 78100 392 442 86 528 611 732 952 55 81 74137 359 554 (300) 64 799  
 819 70 991 75011 93 126 71 (600) 294 514 733 65 956 76065 121 92  
 888 405 (3000) 54 62 228 77033 168 238 332 418 661 76 837 (500) 919  
 78125 216 556 530 602 7 8 77 89 788 79110 211 62 376 432 45 632  
 (500) 771 (3000) 916  
 80457 70 692 736 81025 26 192 249 59 69 418 593 768 356 82042  
 58 (3000) 67 82 281 352 489 70 592 615 (500) 39 704 5 70 569 83034  
 866 26 (300) 475 540 601 83 714 93 (500) 905 84038 164 252 67 (1500)  
 78 82 771 72 85153 209 53 60 (300) 300 51 661 841 97 86069 70 129  
 77 436 567 814 87181 276 66 849 418 26 689 (500) 745 47 940 88046  
 812 425 785 515 971 88035 (500) 565 (300) 769  
 90116 357 (1500) 503 771 580 85 910 75 91021 (3000) 54 80 221  
 693 657 945 74 92027 43 71 109 58 60 389 445 575 624 742 (500)  
 93098 171 291 405 (500) 503 21 44 723 57 73 91 818 91174 529 517  
 (500) 60 81 95074 158 202 350 589 97 623 28 703 (1500) 59 801 63  
 96049 76 183 428 601 853 97191 96 219 87 (500) 367 528 59 (500)  
 674 920 98108 74 319 92 456 599 610 85 99 (300) 752 590 99362  
 872 862 94 (3000) 934 (500) 57 67  
 103018 84 226 37 85 780 75 101001 197 272 416 512 51 708 89  
 818 21 59 933 53 102022 337 (1500) 596 618 809 103332 72 541  
 626 80 838 950 104111 78 264 500 34 (500) 416 78 568 75 657 729  
 884 88 933 105183 219 (3000) 41 99 (500) 524 43 670 721 652 80  
 913 106259 589 498 545 612 22 3000 82 704 879 905 107839 151  
 79 239 90 553 501 729 91 108046 88 192 214 43 301 3 93 (5000) 426  
 (500) 57 556 634 877 109503 479 709 48 928 33

**Rum-, Sprit- und Elixier-Fabrik.**

**Edwin Delahon,**

Fabrik: Neumarkt 6. Filiale: Friedrich-Wilhelmstraße 40 b.

Telephon Nr. 807. 1974

**Fabrik von Arbeitersachen**

**Spezialität: Arbeitshosen.**

**E. Liedecke, Stodgasse Nr. 30.**

En gros. 1812 En détail.

**Achtung!**



**Solidarität!**

Arbeiter! Nur Hütte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleider tragen, bieten Garantie, daß den Verfertigern gerechter Lohn wurde!

Kaufst nur Hütte mit dieser Marke!

Die Marke ist grün auf weissem Papier gedruckt

**Das neue Brausebad**

Bald fertig ist das Brausebad, Glückauf zu dem Gelungen.

Und wer nur wenige Mädel hat, kann sich dort neu verjüngen.

Den alten Adam zieht er aus, Braust ab die sündigen Mängel —

Gereinigt tritt er aus dem haus, Ein Unschuld-Bade-Engel.

Doch weil im Paradis-Kostüm

Man nicht unher darf laufen,

Gilt er zur „Verunsicherig“ hin

nen Angus sich zu laufen!

143

**Aufsetzung nach Maß**

ohne Preiserhöhung,

**Pellerinen-Mäntel**

für Herren u. Knaben,

**Bauch-Garderobe**

für die wohlbeleibtesten Herren

passend, in großer Auswahl fertig.

Winter-Paleots jeder Größe

v. 10 Mr. an, Ia. wie nach Maß

gesetzigt, von 18 Mr. an

Schwarzalp's mit Pellerine

Herren-Kleidzüge von 10 Mr. an

seine Kleidzüge von 14 Mr. an

Brant-Kleidzüge in Luch und

Kammgarn von 25 Mr. an

sehr gne von 33 Mr. an, Herren

Jacquet von 5 Mr. an, Schla